

souverän

Bundestags-
wahl 2013:

**Angela
Merkel**

Diese Frau verdient
unser Vertrauen!



Lesen was gesund macht.

Weitere Themen:

- ▶ **Brustkrebs:** Warum eine psychologische Unterstützung hilfreich ist
- ▶ **Arztbesuch:** Wie Sie sich optimal auf das Gespräch vorbereiten
- ▶ **Zahnprothesen:** Was Sie über Zahnersatz-Pflege wissen müssen
- ▶ **Leukämie:** Welche neuen Therapie-Maßnahmen erfolgreich sind
- ▶ **Anti-Aging-Pflege:** Profi-Tipps für Gesicht, Hals und Dekolleté

Alle 14 Tage NEU
in Ihrer Apotheke.



www.apotheken-umschau.de

*Ich habe die Freude, dass Sie
hier sein können und bleiben,*



Kürzlich rieb sich eine Reihe von Beobachtern der politischen Szene in Deutschland erstaunt die Augen, manche Vertreter der Glaubensrichtung „Es kann nicht sein, was nicht sein darf!“ und der Vereinigung „Wir mögen uns selbst nicht!“ erstarrten sogar vor Schreck, als sie eine Meldung der weltweit anerkannten und geschätzten britischen BBC lasen. Die Briten hatten jüngst in einer Umfrage 26.000 Menschen in 25 Ländern danach befragt, welches Land rund um den Erdball wohl ihrer Meinung nach eine gute Note erhalten solle. Die Antwort war überraschend und eindeutig: Deutschland gewann den Spitzenplatz in der positiven Bewertung aller Nationen. Natürlich keine deutsche, aber eine in der Welt hochangesehene ausländische Zeitung titelte auf der ersten Seite: „Das beliebteste Land der Welt“. Nicht wenige andere ausländische Blätter schlossen sich dieser Feststellung an und zollten den Deutschen Beifall, und zwar nicht sehr klein geschrieben auf der letzten Seite.

59 % aller Befragten in den 25 Ländern lobten unser Land für seine beispielhafte Weltoffenheit, weit entfernt von dem Gebaren bierernster Revoluzzer-Spießer linker und rechter Provenienz, für seine demokratischen Tugenden, seine Besonnenheit, seine Innovationskraft, seinen Fleiß, seine Zuverlässigkeit und beispielhafte Hilfsbereitschaft, speziell auch für andere Länder in der Welt. Kurzum: Die Deutschen genießen Sympathie. Das freut jeden deutschen Patrioten.

Ganz besonders beeindruckte die Menschen nah und fern unserer Landesgrenzen, wie vorbildlich das deutsche Volk mit seiner Vergangenheit umgegangen und seiner historischen Verantwortung gerecht geworden ist, wie es die Stabilitätskrise gemeistert und sich als wichtiger Stabilitätsfaktor in Europa erwiesen hat. Mit Erstaunen hörten die Menschen, wie häufig im Gegensatz zu ihrem eigenen Land in Deutschland die Einstellungschancen für Lehrlinge noch nie so gut waren wie heute und selbst mittelmäßigen Schülern die Türen offen stehen, sogar mehr Lehrstellen angeboten werden, als Lehrlinge vorhanden sind. Sie erfuhren, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland unter der Regierung Merkel um die Hälfte gesunken ist und weiter sinkt und unser Land niemals zuvor so viele Steuern eingenommen hat wie im vergangenen Jahr und damit ein Sozialsystem finanziert wurde, wie es sich manche anderen Länder nicht vorstellen können. Und all das leisteten die Deutschen ohne großsprecherisches Pathos und großspurige Wichtigtuerei, nüchtern und sachlich, aber stets mit einem gerüttelt Maß an Zuversicht, aufgekrepelten Ärmeln und einem aufmunternden frohen Tun.

Entscheidend für den Erfolg war aber auch das politische Umfeld dieses Landes, das die Handschrift der Union und der von der Bundeskanzlerin Angela Merkel geführten Bundesregierung trägt. Diese Politik gab Frauen und Männern, Arbeitnehmern und Unternehmern, Bauern und Handwerkern, Angestellten und Beamten, Rentnern und Pensionären, Auszubildenden und Studenten die große Chance, ihren Beitrag für unser Land und sein Ansehen zu leisten. Und wenn das heute von der Welt ohne Neid und Missgunst und mit sympathischer Bewunderung und Anteilnahme zur Kenntnis genommen wird, dann haben alle Deutschen Grund zur Freude. Von den in solchen Fällen sogleich auftretenden Miesmachern und Nörglern, die immer noch ein Haar in der Suppe finden, wollen wir uns nicht die Laune verderben lassen. Niemand ist gezwungen, sich am Frühstückstisch neben einen Morgenmuffel zu setzen, der einem aus dem Kaffeesatz bereits alle schlechten Nachrichten des Tages voraussagt. Wir sollten uns über unser Ansehen in der Welt herzlich freuen, wie das andere Bürgerinnen und Bürger in ihren Ländern als fröhliche Patrioten mit Sicherheit ebenso tun würden.

So frage ich mich zum Schluss, auch als jemand, der Deutschland während des Krieges und nach dem Krieg erlebt hat: Ist es nicht eine unglaublich freudige Tatsache für alle Deutschen, wenn in Rückerinnerung an diese fürchterlichen Jahre und an alles, was in unserem Lande geschehen ist, Deutschland heute mit einer solchen Zustimmung und Sympathie wahrgenommen wird? Darauf können wir alle zu Recht stolz sein. Die Union und mit ihr die Bundeskanzlerin Angela Merkel haben mit ihrer Politik einen bedeutenden Anteil zu diesem Erfolg beigesteuert. Sie haben es verdient, am 22. September erneut eine Bestätigung für weitere vier Jahre Regierungszeit zu erhalten. Eine sehr große Anzahl der Menschen außerhalb unserer Grenzen würde das ebenfalls begrüßen, zu Recht, meine ich, nicht zuletzt als gute Nachbarn!

*Mit freundlichen Grüßen
Ihr Otto Wulff*

Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands



Titelthema:

Die Bundestagswahl am 22. September ist eine Richtungsentscheidung für unser Land und für jeden Einzelnen!

Demografie: Ein seniorengerechter Wohnungsmarkt ist eine große Herausforderung auch für die Politik.

Impressum

Herausgeber
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de

Verlag

Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Postfach 30 · 52153 Monschau
Geschäftsführer: Georg Weiss
Verlagsleiter: Alexander Lenders
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt

Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:

70000 Exemplare über personali-
sierten Posteinzelvertrieb, davon
58000 an Senioren-Union-Mitglie-
der und 12800 an CDU-Funktions-
und Mandatsträger

Leserzuschriften an:

Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:

Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:

Chefredakteur: Andreas Oberholz
Tel. 02056 - 5 73 77
Fax 02056 - 6 07 72
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:

Rolf Berend, Prof. Dr. Maria Böhme,
Eugen Brysch, Hermann Gröhe,
Leonhard Kuckart, Fabian Schall,
Peter Weiß, Ulrich Winz,
Prof. Dr. Otto Wulff

Bildnachweis:

BDEW, Meventi, Laurence
Chaperon, cdu.de, Ulrich Winz,
Roland Rochlitz, fotolia

Titelfoto: CDU

6 Menschen für Merkel

Warum Dr. Angela Merkel Bundeskanzlerin
bleiben muss – Stimmen und Statements

8 Gemeinsam erfolgreich für Deutschland!

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe zur
Bundestagswahl 2013

10 Rot-grünen Irrweg verhindern!

Prof. Dr. Otto Wulff, Bundesvorsitzender
der Senioren-Union, und Philipp Mißfelder,
Bundesvorsitzender der Jungen Union, im
Doppelinterview

12 Am 22. September kommt es auf UNS an

Die Bundestagswahl ist eine Richtungs-
entscheidung. Die Senioren werden eine
entscheidende Rolle spielen.

14 Die Mütterrente kommt!

Prof. Dr. Maria Böhmer, Vorsitzende der
Frauen Union der CDU, zu einem der zehn
wichtigsten Projekte für Deutschlands
gute Zukunft

16 Für eine stabile und generationengerechte Rente

Ein Beitrag von Peter Weiß, dem
Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe
in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

18 Drei Fragen an ...

Marie-Luise Dött, die umweltpolitische
Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

22 Die Verlierer sind die Alten

Eugen Brysch, Vorsitzender der Deutschen
Stiftung Patientenschutz, zur Situation
pflegebedürftiger und schwerstkranker
Menschen

24 Derzeit kein Thema

Rolf Berend, Landesvorsitzender der
Senioren-Union in Thüringen, zu einer
Vollmitgliedschaft der Türkei in der Euro-
päischen Union

28 Keine Schonfrist

Interview mit Hildegard Müller, der Vor-
sitzenden der Hauptgeschäftsführung des
Bundesverbandes der Energie- und Wasser-
wirtschaft, zum Stand der Energiewende

34 Zentrales Handlungsfeld für die Politik

Die Schaffung eines seniorengerechten
Wohnungsmarktes gerät angesichts der
demografischen Entwicklung zu einer
großen politischen Herausforderung.

38 Sommerakademie der Europäischen Senioren Union (ESU) in Wien

19 Leserbrief

39 Buchtipps, Initiativen

teAM Deutschland! Jeder kann mitmachen

Wie schon im Jahre 2009, als das teAM
Deutschland mit etwa 28.000 Mitgliedern
die größte und erfolgreichste politische Un-
terstützerkampagne im Bundestagswahl-
kampf initiierte, heißt es auch 2013 wieder,
alle Kräfte zu mobilisieren und
gemeinsam für ein Ziel zu kämp-
fen: Angela Merkel muss Bundes-
kanzlerin bleiben!

Über das teAMNETZ kann sich
jedes Wahlkreisteam einfach und
kostenlos organisieren. Der Kandidat und
jeweilige teAMleiter erhalten einen Über-
blick, wer im Wahlkampf in welcher Form
aktiv werden möchte. Diesmal kann jeder
seine speziellen Einsatzgebiete angeben, so-
dass jedes teAMmitglied seine Fähigkeiten

am besten einbringen kann. Während des
Wahlkampfes werden vielfältige Kompeten-
zen gebraucht – ob direktes Bürgergespräch
am Canvassing-Stand, Social-Media-Betreu-
ung oder Kuchen backen.

Im teAMNETZ stehen schnelle, hilf-
reiche und umfassende Informa-
tionen bereit, die im Wahlkampf nüt-
zlich sind. Und unter der Rubrik
„Hinter den Kulissen“ gibt es exklu-
sives Material aus der teAMzentrale.

Das kernteAM im Konrad-Adenauer-Haus
versteht sich selbst als Servicezentrale für die
Kandidaten und alle Unterstützer – mit und
ohne Parteimitgliedschaft. Es ist telefonisch
unter 030 220700 oder per E-Mail teAM13@cdu.de erreichbar.



Gesund und fit – auch im Alter

Weitere Themen:

- ▶ **Leben retten:** Welche Notfall-Maßnahmen Sie kennen sollten
- ▶ **Sturzfall Treppe:** Wie Sie für Sicherheit auf den Stufen sorgen
- ▶ **Herzinfarkt:** Warum die seelische Betreuung für Betroffene wichtig ist
- ▶ **Pflegefrage:** Was steckt hinter Pflegenoten, und was sagen sie aus?
- ▶ **Der richtige Trolley:** Wie Sie rückenfreundlich einkaufen

Jeden Monat neu
in Ihrer Apotheke.



www.senioren-ratgeber.de



Copyright: Meventi

Uschi Disl

mehrfache vielfache Medaillengewinnerin im Biathlon bei Olympischen Spielen und Weltmeisterschaften

Wie wirkt der Mensch Angela Merkel auf Sie?

Die Bundeskanzlerin wirkt auf mich bescheiden, ausgeglichen und ruhig. In entscheidenden Momenten weiß sie aber genau, was sie möchte, und setzt diese Überzeugung auch weitestgehend durch.

Welchen Eindruck haben Sie von ihrer Politik?

Ich denke, dass es aufgrund der Internationalität und der wirtschaftlichen Situation nicht leicht ist, Politik zu machen und alle zufrieden zu stellen. Die Politik ist heute mehr denn je von Kompromissen geprägt. Die Bundeskanzlerin versucht die Interessen Deutschlands bestmöglich durchzusetzen und genießt internationale Anerkennung. Im Sport würde ich mir mehr Unterstützung von Seiten der Politik wünschen.

Menschen für Merkel

Senioren-Union für die Kanzlerin: **Ich wähle Angela Merkel, weil ...**

... sie in der Staatsschuldenkrise seit 2007 – zusammen mit Wolfgang Schäuble – einen „kühlen Kopf“ behalten und die Interessen der Bundesrepublik Deutschland international souverän gewahrt hat.
Hubert Bohmüller, Vorsitzender der SU des Kreises Bad Dürkheim

... sie eine Persönlichkeit ist, auf die man sich hundertprozentig verlassen kann! Sie redet nicht nur, sie handelt! Was sie verspricht, hält sie auch!
Prof. Dr. Ursula Lehr, Bundesministerin a.D.

... sie für Schuldenabbau, Sicherung der Arbeitsplätze und ein sicheres Europa steht. Das sind wir unseren nachfolgenden Generationen schuldig.
Wolfgang Huhn, Kreisvorsitzender der SU Eisenach

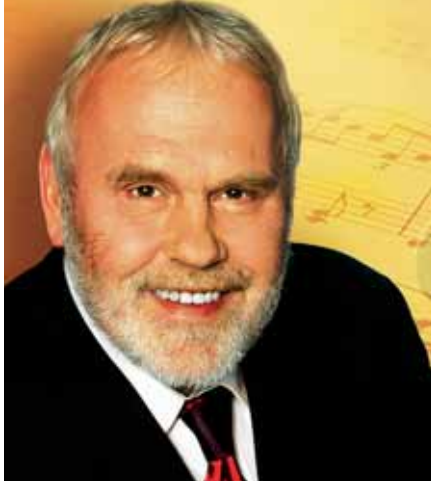
... sie in ihrer bescheidenen Art realistisch urteilt und handelt. Und ich wähle sie, weil sie das C in unserem Parteinamen betont und hochhält.
Karl-Hermann Raff, Vorsitzender der SU des Landkreises Esslingen

... sie eine starke Frau ist und sich in schwierigen Lagen durchsetzen kann. Und sie ist glaubwürdig. Angela Merkel muss weiter in der Welt Deutschland vertreten und zeigen, was wir können.
Pia Listner, SU Darmstadt

... sie einfach gut ist und ich im Augenblick keine einzige Person erkennen kann, der oder die ihr das Wasser reichen kann.
Waldemar Schreiber, Kreisvorsitzender der SU Stendal

... sie nach unserer Auffassung für Wahrfähigkeit, Zuverlässigkeit, Berechenbarkeit und Nachhaltigkeit steht. Gerade mit ihrem Engagement bei der Anpassung der „Mütterrente“ hat Angela Merkel bewiesen, dass ihr die Probleme unserer älteren Generation durchaus bewusst sind.
Wilfried Wesch, Kreisvorsitzender der SU Bernkastel-Wittlich

... ich mir keine bessere Bundeskanzlerin vorstellen kann. Mit Bedacht und Ruhe führt sie Deutschland – auch in Turbulenzen – und sorgt zudem noch für ein gutes Klima in der EU. Sie hat Augen und Ohren für die Sorgen und Nöte ihrer Bundesbürger.
Karin Griesche, stv. Landesvorsitzende der SU Brandenburg, Kreisvorsitzende der SU Landkreis Oder-Spree



Gunther Emmerlich,
Opernsänger und Entertainer

Sind Sie der Kanzlerin schon einmal persönlich begegnet?

Im Rahmen offizieller Festveranstaltungen habe ich die Kanzlerin schon mehrmals erlebt, nicht aber persönlich kennengelernt.

Wie wirkt der Mensch Angela Merkel auf Sie?

Sie wirkt nicht nur auf Versammlungen äußerst versammelt, sondern bringt ihre Überlegungen stets schnörkellos auf den Punkt. Dogmatismus ist ihr ein Gräuel, und sie stellt nicht nur die Meinung anderer gelegentlich in Frage, sondern auch eigene Überzeugungen. Frei nach Brecht würde sie erschrecken, wenn jemand zu ihr sagte: Sie haben sich aber gar nicht verändert.

Welchen Eindruck haben Sie von ihrer Politik?

Deutschland geht es vergleichsweise gut. Wenn es Deutschland vergleichsweise schlechtginge, würde man die Kanzlerin zur Verantwortung ziehen. Wir sollten ihr umgekehrt auch ein wenig dankbar sein. Ich würde sie nicht abkanzeln.

... sie als Naturwissenschaftlerin keine „Schnellschüsse“ macht, sondern versucht, auf Fakten fundierte Entscheidungen zu fällen. Ich wähle Angela Merkel, weil sie eine ausgewogene Politik verfolgt und nicht ideologisch handelt.
Dr. Wulf Merkel, Vorsitzender der SU-Rheingau-Taunus

... sie Glaubwürdigkeit und Kompetenz verkörpert. Sie hat unser Land umsichtig und unaufgeregt durch die Krisen der vergangenen Jahre geführt, deshalb vertraue ich ihr auch zukünftig.



Nicole Uphoff-Selke,
vierfache Goldmedaillen-Gewinnerin im Dressurreiten

Sind Sie der Kanzlerin schon einmal persönlich begegnet?

Ja, ich bin der Kanzlerin schon einmal persönlich begegnet, und sie war genau so, wie ich es mir vorgestellt hatte.

Wie wirkt der Mensch Angela Merkel auf Sie?

Der Mensch Angela Merkel wirkt sehr souverän auf mich; dabei ist sie nicht überheblich oder tut allwissend. Sie scheint interessiert und bemüht, so gut es geht, allen zuzuhören und sich dann Gedanken zu den Themen zu machen, so dass man auch eine fundierte Antwort erhält. Sie ist nicht aufdringlich in ihrer Art, wirkt eher zurückhaltend und abwartend, aber sobald sie redet, ist es sehr geradeaus, man hört ihr gerne zu, weil sie etwas zu sagen hat, und respektiert sie.

Welchen Eindruck haben Sie von ihrer Politik?

Das Beeindruckendste an ihrer Politik ist für mich, dass sie von allen anderen regierenden Männern sehr respektiert wird – das empfinde ich als sehr beruhigend; sie hat großen Einfluss in der internationalen Politik, und deshalb vertraue ich ihr blind.

Helga Hammer, stv. Bundesvorsitzende der SU und SU-Landesvorsitzende in Rheinland-Pfalz

... sie in allen Politikfeldern zu Hause ist und glaubwürdig CDU-Werte vertritt und auch die Anliegen der Senioren-Union ernst nimmt. Und weil sie nie Worthülsen in die Medien hineinposaunt und nicht ihre Person und ihre persönlichen Verdienste in den Vordergrund rückt. Sie ist super!
Wilma Ohly, SU-Bundesvorstandsmitglied und Kreisvorsitzende SU Olpe



Max Schautzer,
Rundfunk- und Fernsehmoderator, Produzent und Autor

Sind Sie der Kanzlerin schon einmal persönlich begegnet?

Oh ja, u.a. bei der 10. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union in Bad-Godesberg, als ich die Ehre hatte, ein Grußwort zu sprechen.

Wie wirkt der Mensch Angela Merkel auf Sie?

Sie wirkt sehr konzentriert, kann gut zuhören und Stimmungen aufnehmen. In der Öffentlichkeit hält sie zu fremden Menschen eine angemessene Distanz, gibt sich nicht populistisch. Manchmal rettet sie Situationen mit Ironie und einem listigen Humor. Sie gehört für mich zu den Menschen, die erst denken, dann reden, zuerst abwarten, analysieren und dann handeln.

Welchen Eindruck haben Sie von ihrer Politik?

Europapolitisch betrachtet ist Frau Dr. Merkel die richtige Kanzlerin zur rechten Zeit. Und innenpolitisch? Wenn hier Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität die erklärten Grundwerte für die Politik der Zukunft sind, bin ich mit der CDU und ihrer Kanzlerin sehr zufrieden.

... weil sie als Jahrgang 1954 die Probleme und Sorgen der Senioren kennt und sich ihrer auch annimmt, weil sie Deutschland mehr positiv verändert hat als ihre Vorgänger und weil sie ehrlich und authentisch ist.

Ingo Hansen, Landesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Brandenburg

... sie für mich die intelligenteste Politikerin ist, die wir je hatten.
Josef Schneider, Vorsitzender der SU Oberhausen



Bundestagswahl 2013:

Gemeinsam **erfolgreich** für Deutschland!

Die Bundestagswahl am 22. September ist eine Richtungsentscheidung für unser Land und für jeden Einzelnen.

Es geht darum, ob Deutschland ein starkes und erfolgreiches Land bleibt. Ein Land mit einem stabilen Euro, in dem die Menschen sichere Arbeitsplätze haben und für sich und ihre Familien sorgen können. Ein Land, in dem jeder Mensch die Chance hat, aus seinem Leben etwas zu machen und zugleich bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflege oder im Alter gut abgesichert ist. Ein Land des Zusammenhalts, in dem die Menschen gern und sicher leben.

Noch nie waren die Aussichten auf ein langes, gesundes und erfülltes Leben in unserem Land so groß wie heute. Die Lebenserwartung steigt stetig an. Gleichzeitig aber werden weniger Kinder geboren, und die Einwohnerzahl sinkt. Die Folgen sind u. a.: Immer weniger Erwerbstätige sorgen für immer mehr Menschen, die nicht im Erwerbsleben stehen. Die CDU steht für ein gerechtes Miteinander der Generationen, gerade auch angesichts dieser Veränderungen. Auch deshalb muss

sich die Politik immer wieder für ein familienfreundliches Umfeld in unserer Gesellschaft einsetzen, welches unsere Familien stärkt. Denn die Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft, und sie umfassen alle Generationen. Deshalb wollen wir sie noch besser unterstützen. Vor allem sagen wir Ja zu Kindern. Kinder sind eine Bereicherung für unser Land, und wir wollen junge Frauen und Männer ermutigen, sich für Kinder zu entscheiden.

Die CDU steht wie keine andere Partei für ein gutes Miteinander der Generationen. Wir wollen auch in Zukunft Brücken zwischen den Generationen bauen und sprechen uns entschieden gegen jede Form der Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Alters aus. Mit generationenübergreifenden Projekten wie den sehr erfolgreichen Mehrgenerationenhäusern wollen wir Menschen verschiedenen Alters zusammenbringen und sie ermuntern, sich gegenseitig im Alltag zu unterstützen. Wir wollen diese Mehrgenerationenhäuser zu Bürgerhäusern weiterentwickeln. Sie bieten ein breites Spektrum an Angeboten für alle Altersgruppen und sind Drehscheibe für unterschiedliche Dienstleistungen und Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement.

Mehr Rente für Mütter und Väter

Wir haben die Kindererziehungszeit in der Rente eingeführt und schrittweise verbessert. Ab 2014 wollen wir für alle Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Erziehungsleistung mit einem zusätzlichen Rentenpunkt in der Alterssicherung berücksichtigen. Das entspricht bei zwei Kindern durchschnittlich rund 650 Euro mehr Rente im Jahr. Von dieser Erhöhung der Rente werden mehr als 8 Millionen Eltern, insbesondere die Mütter, in unserem Land profitieren.

Wir wollen damit gerade die Erziehungsleistung der älteren Mütter stärker als bisher anerkennen. Denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf war vor 30 Jahren noch schwieriger als heute. Vor diesem Hintergrund sind längere familienbedingte Auszeiten für ältere Mütter oft selbstverständlich gewesen. Sie haben einen unverzichtbaren Beitrag zum Generationenvertrag geleistet. Viele Mütter haben damals auf Erwerbstätigkeit und somit auf eigenes Einkommen sowie Rentenansprüche verzichtet.

Aber nicht nur die Kindererziehung, sondern auch die Zeiten der Pflege wollen wir in der gesetzlichen Rentenversicherung besser berücksichtigen. Wer einen pflegebedürftigen nahen Angehörigen begleitet, betreut und pflegt, leistet einen großen mitmenschlichen Dienst, den wir besser anerkennen wollen.

Lebensleistung achten

Wir wollen, dass sich Lebensleistung in der Rente auszahlt. Wer jahrzehntelang gearbeitet, in den Generationenvertrag eingezahlt und zusätzlich privat vorgesorgt hat, soll im Alter eine auskömmliche Rente haben und nicht auf Grundsicherung angewiesen sein. Wer 40 Jahre versichert ist und privat vorgesorgt hat, soll deshalb einen Zuschuss erhalten, der sicherstellt, dass ihre Rente mindestens 850 Euro beträgt. Die Leistung von Menschen, die Kinder erzogen oder/und Angehörige gepflegt haben, wollen wir dabei in stärkerem Maße anerkennen. Dabei wollen wir die Erwerbsbiografie der Menschen in den neuen Ländern besonders berücksichtigen.

Keine Schuldenberge hinterlassen

Erstmals seit 40 Jahren wollen wir in der nächsten Wahlperiode einen Haushalt ohne neue Schulden vorlegen und damit beginnen, die über Jahrzehnte angehäuften Schulden zurückzuzahlen. Wir dürfen unseren Kindern und Enkeln keinen im-

mer größer werdenden Schuldenberg hinterlassen und damit ihre Chancen und Spielräume in der Zukunft einschränken. Die kommenden Generationen sollen die Freiheit haben, ihr Leben nach ihren Vorstellungen zu gestalten, ohne von den Schuldenlasten erdrückt zu werden.

Stabile Währung weiter sichern

Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel hat uns bisher gut durch die Schuldenkrise in Europa geführt. Den Weg setzen wir entschieden fort. Wir stehen für einen starken Euro und stabile Preise. Wir treten für die strikte Einhaltung nationaler Schuldenbremsen ein. Wer sich nicht an die Regeln hält, muss mit Sanktionen rechnen. Anders als Rot-Grün wollen wir keine Vergemeinschaftung der Schulden. SPD und Grüne hingegen planen den Weg in eine europäische Schuldunion, in der deutsche Steuerzahler nahezu unbegrenzt für die Schulden anderer Länder eintreten müssten. Wir wollen stattdessen die Wettbewerbsfähigkeit Europas durch Struktur-reformen, mehr Forschung sowie gute Bildung verbessern, um damit nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung in ganz Europa zu schaffen.

Die Fähigkeiten Älterer stärker nutzen

Seit die Union regiert, haben wir die Arbeitslosigkeit in Deutschland fast halbiert. Davon profitieren alle. Bei der Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen liegt Deutschland mit mehr als 60 Prozent europaweit auf Platz 2. In keiner anderen Altersgruppe ist die Beschäftigung stärker angestiegen. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass sich diese Entwicklung weiter fortsetzt. Dazu wollen wir uns auch für ein neues Bild vom Alter einsetzen. Gemeinsame Teams aus älteren und jüngeren Mitarbeitern haben oft mehr und bessere Ideen, verknüpfen unterschiedliche Fähigkeiten und fördern den Zusammenhalt im Unternehmen. Für dieses Ziel erwarten wir von den Betriebs- und Tarifpartnern weitere Anstrengungen, Arbeitsplätze altersgerecht, barrierefrei und gesundheitsfördernd zu gestalten. Immer mehr Ältere wollen auch im Rentenalter beruflich aktiv bleiben. Das wollen wir unterstützen, nicht zuletzt, weil unsere Wirtschaft auf erfahrene Fachkräfte angewiesen ist. Zum einen wollen wir starre Altersgrenzen auf den Prüfstand stellen. Zum anderen wollen wir Verbesserungen für ältere Menschen beim flexiblen Über-

gang in den Ruhestand erreichen. Hierfür wollen wir die Hinzuverdienstregelungen bei vorgezogenen Altersrenten weiterentwickeln.

Allen berufstätigen Großeltern wollen wir mit einer Großelternzeit künftig die Möglichkeit eröffnen, ihre Erwerbstätigkeit zu unterbrechen oder zu verringern, damit sie sich um ihre Enkel kümmern können. Gerade junge Eltern, die beruflich noch Fuß fassen müssen, sollen so zeitlich entlastet werden.

Gesund im Alter

Wir stehen für ein leistungsfähiges Gesundheitswesen, das Menschlichkeit, Qualität und Bezahlbarkeit zusammenführt und zu einer hohen Lebensqualität in Deutschland beiträgt. Wir stehen ebenso für ein solidarisches Gesundheitswesen, in dem Hilfe für Kranke und Ältere sowie Eigenverantwortung zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Wir sichern ein Gesundheitswesen, in dem die Menschen darauf vertrauen können, dass alle Beteiligten in Medizin und Pflege ihre Verantwortung gegenüber Patienten sorgsam wahrnehmen.

Wir wollen eine gut erreichbare Versorgung durch Ärzte und Krankenhäuser, vor allem in ländlichen Regionen, sichern. Dafür haben wir bessere Anreize geschaffen, damit sich Hausärzte gerade dort niederlassen. So wollen wir sicherstellen, dass überall in unserem Land Ärzte jederzeit erreichbar sind.

Würdevolle und verlässliche Pflege und Betreuung

Die CDU steht für eine Pflegepolitik, bei der die Würde der Pflegebedürftigen und die Menschlichkeit im Umgang mit ihnen von zentraler Bedeutung sind. Wir verstehen Pflege als einen wichtigen Dienst am Mitmenschen. Die von uns eingeführte Pflegeversicherung leistet dazu seit Jahren einen wichtigen Beitrag. Sie soll auch in Zukunft Pflegebedürftige absichern und eine würdevolle Pflege und Betreuung ermöglichen. So haben wir zusätzliche Mittel für höhere Leistungen bereitgestellt, die Menschen mit Demenz, die zu Hause betreut werden, pflegenden Angehörigen und der Förderung neuer Wohngruppen zugutekommen.

Wir wollen, dass ältere und pflegebedürftige Menschen selbstständig und selbstbestimmt leben und – so weit wie möglich – am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir wollen, dass sie ihren Alltag

in der eigenen Wohnung weitgehend ohne fremde Hilfe bewältigen können. Die Entwicklung von Angeboten altersgerechter Begleitung wollen wir daher weiter fördern. Sie sind für ein gesundes und unabhängiges Leben im Alter immer wichtiger.

Sicher zu Hause und unterwegs

Gerade für ältere Menschen ist die Sicherheit im Alltag und in ihrer Umgebung von besonderer Bedeutung. Das wissen wir und setzen deshalb hier auch weiterhin einen besonderen Schwerpunkt unserer Politik. Wir wollen, dass Deutschland auch in Zukunft zu den sichersten Ländern der Welt gehört.

Wir sorgen für Sicherheit im Alltag und vor Ort. Um Gewalt und Diebstähle abzuwehren sowie Anschläge und andere Straftaten erfolgreich aufzuklären, wollen wir den Einsatz von Videokameras an möglichen Gefahrenpunkten, wie etwa auf Bahnhöfen, verstärken.

Am 22. September geht es um die Zukunft unseres Landes. Deutschland steht mit Bundeskanzlerin Angela Merkel an der Spitze in Europa und weltweit für Stabilität und Verlässlichkeit. In ihrer Regierungszeit ist unser Land auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden. Sie verfolgt eine nachhaltige Politik für Wachstum und Arbeitsplätze.

Rot-Grün setzt dagegen auf eine Politik der Steuererhöhungen und der Spaltung. Damit gefährdet Rot-Grün die wirtschaftliche Stärke unseres Landes und Hunderttausende Arbeitsplätze.

Unser Programm hingegen ist ein Angebot für einen erfolgreichen Weg in die Zukunft. Unsere Politik ist geprägt vom christlichen Menschenbild. Es gibt uns die Zuversicht, die vor uns liegenden Aufgaben zum Wohl der Menschen und unseres Land zu gestalten. Wir lassen uns dabei leiten von den Werten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Deshalb werben wir um Ihr Vertrauen und rufen alle Wählerinnen und Wähler auf: Geben Sie bei der Bundestagswahl am 22. September beide Stimmen der CDU: die Erststimme für Ihre Kandidatin oder Ihren Kandidaten der CDU vor Ort, die Zweitstimme für unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel! ■

Der Autor:
Hermann Gröhe
MdB ist seit 2009
Generalsekretär der
CDU Deutschlands.



Souverän: Herr Professor Wulff, Herr Mißfelder, bereits zum zweiten Mal gehen Sie gemeinsam auf Wahlkampftour. CDU und CSU sind die einzigen Parteien, die eine „Generationentour“ durchführen. Was hat Sie dazu bewogen, gemeinsam für einen Wahlsieg der Union zu kämpfen?

Prof. Wulff: In keiner anderen Partei in Deutschland funktioniert die Zusammenarbeit zwischen älterer und jüngerer Generation so gut wie bei uns. Das Thema Generationengerechtigkeit ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Die Senioren-Union und die Junge Union engagieren sich gemeinsam für eine menschliche und solidarische Gesellschaft – generationenübergreifend. Mit diesem Anspruch machen wir Politik und eben auch Wahlkampf.

Miðfelder: Die Union ist die einzige Partei, in der Ältere und Jüngere miteinander diskutieren und gemeinsame Ideen für die Zukunft unserer Gesellschaft entwickeln. Da liegt es auf der Hand, die Menschen vor Ort gemeinsam für unsere Inhalte zu begeistern.

Was sind die gemeinsamen Schwerpunkte im Wahlkampf?

Miðfelder: Das Thema Generationengerechtigkeit verbindet uns stark. Eine generationengerechte Politik basiert darauf, die Leistungen und Werte der älteren Generation anzuerkennen, wertzuschätzen und zu bewahren. Gleichzeitig müssen die Chancen der jungen Generation gefördert werden. Sie müssen zudem vor untragbaren Belastungen geschützt werden.

Prof. Wulff: Das Zusammenbringen der Generationen ist eine Querschnittsaufgabe und betrifft alle Politikfelder. Durch einen offenen Dialog möchten wir die Interessen der verschiedenen Generationen zusammenführen und Perspektiven für unsere alternde Gesellschaft entwerfen.

Das Thema Generationengerechtigkeit spielt auch in der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise eine große Rolle. Deutschland steht anders als viele andere europäische Länder sehr gut da. Welche Schwerpunkte setzt die Union, damit das so bleibt?

Miðfelder: Die Unionsparteien setzen mit ihrem Regierungsprogramm deutliche Akzente für eine familienfreundliche und generationengerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik. Unser Land steht finanziell so gut da wie lange nicht. Trotzdem bleibt die Sanierung des deutschen Bundeshaushalts



Philipp Mißfelder MdB,
Bundesvorsitzender der
Jungen Union Deutschlands

Bundestagswahl 2013:

Rot-grünen Irrweg verhindern!

Diese beiden nehmen kein Blatt vor den Mund. Ihre gemeinsamen Auftritte haben längst Kultstatus. Auch im Bundestagswahlkampf 2013 gehen Prof. Dr. Otto Wulff – Senioren-Union – und Philipp Mißfelder – Junge Union – wieder auf „Union der Generationen“-Tour. Das JU-Magazin „Die „Entscheidung“ und „Souverän“ fragten nach den aktuellen Schwerpunkten ihrer politischen Arbeit.

klare Zielvorgabe unserer Politik. Bereits in den vergangenen vier Jahren hat die Bundesregierung unter Führung der Unionsparteien viel für dieses Ziel getan: Es war die christlich-liberale Koalition, die auf Vorschlag der Jungen Union die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert und damit zu ausgeglichenen Staatsfinanzen beigetragen hat.

Prof. Wulff: Unser Land ist heute der wirtschaftlich stärkste Staat Europas. Die ökonomische Entwicklung Deutschlands darf nicht durch eine stetig steigende Steuerbelastung gefährdet werden. Junge Menschen müssen die Möglichkeit haben, eine gute Ausbildung zu erfahren, ihren Lebensunterhalt zu verdienen und eine Familie zu gründen – dies ist Aufgabe einer generationengerechten Politik.

Im Gegensatz zur Union planen die Oppositionsparteien massive Steuer-

erhöhungen für die Zeit nach der Bundestagswahl. Was entgegnen Sie den Befürwortern dieser Pläne?

Prof. Wulff: Durch die Steuererhöhungspläne von SPD, Grünen und Linken wäre die wirtschaftliche Spitzenstellung Deutschlands massiv gefährdet. Insbesondere Familien mit mittleren Einkommen und mittelständische Unternehmen würden überdurchschnittlich stark belastet. Dieser Weg – die Einnahmen auf dem Rücken der hart arbeitenden Bevölkerung zu erhöhen und gleichzeitig die Verschuldung weiter voranzutreiben – ist ein Irrweg. Die Folgen würden alle Generationen nachhaltig belasten.

Miðfelder: Ich stimme Professor Wulff zu. Die rot-grünen Steuererhöhungspläne schaden den deutschen Familienunternehmen massiv. Allein die vorgesehene Vermögensabgabe wirkt wie eine Bremse für



Senioren-Union im Bundestagswahlkampf

Angela Merkel muss Bundeskanzlerin bleiben! Dafür kämpft auch die Senioren-Union vor Ort auf Deutschlands Straßen und Marktplätzen sowie in Veranstaltungssälen. Allen voran der Bundesvorsitzende Prof. Dr. Otto Wulff mit ca. 50 Wahlkampfterminen gemeinsam mit Philipp Mißfelder MdB.

Bis zum Erscheinungstermin von Souverän trat der als besonders leidenschaftlicher Redner geltende Bundesvorsitzende u.a. bereits in Paderborn, Alsfeld, Seelze, Bremen, Hamburg, Hanau, Mettmann, Viersen, Köln, Coesfeld, Hameln-Pyrmont, Ladenburg, Kaarst, Borken, Stadthagen und Soest vor die Wähler. In den nächsten Tagen folgen u.a.:

30.8.2013	Iserlohn
11.9.2013	Wiesbaden, Mainz
12.9.2013	Kreis Rendsburg-Eckernförde, Timmendorfer Strand
13.9.2013	Minden, Lingen
16.9.2013	Sinsheim
17.9.2013	Heilbronn und Bietigheim-Bissingen
18.9.2013	Tuttlingen und Waldshut-Tiengen
19.9.2013	Recklinghausen
20.9.2013	Bergisch-Gladbach und Bottrop

Weitere Termine für die erste Septemberhälfte waren bei Redaktionsschluss in Planung. Interessenten können die genauen Daten bei der Bundesgeschäftsstelle der Senioren-Union in Berlin abfragen, Tel.: (030) 22070-443, oder Fax: (030) 22070-449, E-Mail: seniorenunion@cdu.de.

das Wirtschaftswachstum. Die Stärke der deutschen Wirtschaft würde durch die unsinnige Steuerbelastung in erheblichem Umfang geschwächt.

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat jüngst in der Mitteldeutschen Zeitung davon gesprochen, dass nach der nächsten Bundestagswahl die Zeit reif ist für eine Zusammenarbeit mit der Linken. Wie erklären Sie sich dieses Bekenntnis von Herrn Gabriel?

Mißfelder: Es wird immer deutlicher, dass die SPD aufgrund schlechter Umfragewerte eine Zusammenarbeit mit der SED-Fortsetzungspartei „Die Linke“ anstrebt. Eine rot-rot-grüne Zusammenarbeit nach der Bundestagswahl ist eine realistische Option für die SPD.

Prof. Wulff: Offensichtlich glaubt die SPD selbst nicht mehr an eine Wiederauflage der rot-grünen Koalition. Ein Zusammengehen mit der Linken hätte jedoch katastrophale Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und das Ansehen unseres Landes.

Mißfelder: Die SPD muss jetzt sagen, dass sie mit den Linken koalieren will. Wir jedenfalls sprechen uns klar für eine Fortsetzung der christlich-liberalen Koalition unter Führung unserer Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel aus.

Die Bundeskanzlerin nimmt ihr iPad mit in den Urlaub. Sie beide sind auf Facebook sehr aktiv. Welche Rolle spielt das Internet in ihrer politischen Arbeit?

Prof. Wulff: Der digitale Wandel stellt Gesellschaft, Wirtschaft und Politik vor

enorme Herausforderungen, die uns alle betreffen. Wir müssen die Chancen des Internets nutzen, ohne die Risiken zu ignorieren – das gilt für alle Generationen. Zum Glück entdecken auch immer mehr Senioren die Möglichkeiten des Internets. Auch hier ist oft ein Dialog der Generationen gefragt (schmunzelt) – können doch in vielen Familien die Enkelkinder den Großeltern helfen, sich im Netz zurechtzufinden.

Mißfelder: Auch wir als Junge Union plädieren dafür, stärker die Chancen des Netzes zu betonen, als Risiken heraufzubeschwören. Es geht jedoch nicht darum, einer grenzenlosen Freiheit das Wort zu reden. Für uns als Junge Union gehören Freiheit und Verantwortung zwingend zusammen. Natürlich setzen wir in der politischen Kommunikation auch auf das Internet. Anfang Juli hat die Junge Union ihre neue Homepage gestartet. Mit unserem neuen Internetauftritt setzen wir Maßstäbe in der Kommunikation politischer Jugendverbände. Unsere Netzpolitik stellen wir auch in diesem Jahr als einzige politische Organisation auf der Spielemesse „gamescom“ in Köln vor.

Herr Mißfelder, Herr Wulff, eine letzte Frage: Sie beide sind auf Wahlkampftour und nehmen unzählige Termine wahr. Wie halten Sie das durch?

Prof. Wulff (lacht): Wer rastet, der rostet! Nein, im Ernst, mein politischer Gestaltungswille treibt mich jeden Tag von neuem an und hält mich lebendig. Wenn ich die Menschen vor Ort mit meinen Argumenten überzeugen kann, dass die Union für die Zukunft unseres Landes die

richtige Wahl ist, dann freue ich mich darüber und ziehe auf meine alten Tage daraus noch viel Kraft und Energie.

Mißfelder: Wenn klar ist, wofür gekämpft wird und was für Deutschland auf dem Spiel steht, macht Wahlkampf Spaß. Die Bundestagswahl ist richtungsweisend für die Zukunft unseres Landes. Deshalb kämpfen wir gemeinsam für eine Fortsetzung der erfolgreichen christlich-liberalen Koalition.

Herr Professor Wulff, Herr Mißfelder, vielen Dank für das Gespräch. ■

Bundestagswahl 2013:

Am 22. September kommt es auf **UNS** an!



Die Bundestagswahl ist eine Richtungsentscheidung: entweder Wachstum, Verlässlichkeit und Rentenreform mit der Union oder Steuererhöhungen, Gängelei und Bevormundung mit SPD und Grünen. Die Senioren werden entscheiden ...

Bleibt Angela Merkel Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland oder nicht? Bleibt die Union die stärkste politische Kraft für die nächsten vier Jahre? Die Antwort ist einfach: Ja. Einschränkung: Aber nur, wenn die ältere Generation von ihrem Wahlrecht Gebrauch macht und die Union diese wichtige Wählergruppe – die über 60-Jährigen – für sich gewinnt.

Fakt ist: Der Einfluss der älteren Generation auf den Ausgang von politischen Wahlen wird immer größer. Auf uns kommt es also an! Ohne die Älteren ist kein Staat zu machen. Nordrhein-Westfalen ist das beste Beispiel dafür, was passiert, wenn die Älteren der CDU den Rücken kehren.

In Nordrhein-Westfalen hat die CDU von 2005 bis 2012 fast 20 Prozent der Wählerstimmen eingebüßt und die Regierungsverantwortung nach nur fünf Jahren wieder verloren. Verloren vor allem auch deshalb, weil der CDU der Rückhalt bei der älteren Generation weggebrochen ist. Bei der Landtagswahl 2005 haben noch 54 Prozent der über 60-Jährigen CDU gewählt; die CDU hat die Wahl gewonnen und dann den Ministerpräsidenten gestellt. 2010 haben nur noch 43 Prozent der über 60-Jährigen CDU gewählt – die Wahl ging verloren, Opposition war angesagt. 2012 haben

nur noch 34 Prozent der über 60-Jährigen CDU gewählt, was mitausschlaggebend für die krachende Wahlniederlage war. Besonders schlimm für uns Ältere: 37 Prozent der Wählerinnen und Wähler, die 60 Jahre und älter waren, haben 2012 in Nordrhein-Westfalen ihr Kreuz bei der SPD gemacht. Damit war die SPD die stärkste politische Kraft bei den älteren Wählerinnen und Wählern.

Die Zahlen und Fakten machen deutlich, welch großes Potenzial die ältere Generation besitzt, um politische Weichenstellungen maßgeblich mitzugestalten. Was für Nordrhein-Westfalen gilt, gilt auch für Deutschland insgesamt. Wer Wahlen gewinnen will, muss vor allem bei der älteren Generation punkten.

Am 22. September sind rund 61,8 Millionen Bundesbürgerinnen und Bundesbürger dazu aufgerufen, den neuen Bundestag und damit auch eine neue Bundesregierung zu wählen. Damit gibt es zwar insgesamt etwas weniger Wahlberechtigte als 2009 (62,2 Millionen Wahlberechtigte). Die Gruppe der Wahlberechtigten der über 60-Jährigen ist in den vergangenen vier Jahren leicht angewachsen: von 20,4 Millionen 2009 auf heute rund 20,8 Millionen. Damit sind über ein Drittel aller Wahlberechtigten in Deutschland 60 Jahre und älter. Besonders erfreulich aus Sicht der älteren Generation ist rückblickend, dass die CDU ihr bestes Wahlergebnis – 34,4 Prozent – bei den Wählerinnen und Wählern ab 60 Jahren erreichte. Zudem war die Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen mit einer Beteiligung von 80,0 Prozent die aktivste im Rahmen der Bundestagswahl 2009.

Die klare Botschaft dieser Zahlen und Fakten lautet: Nur wenn die ältere Generation an die Wahlurne geht und die CDU ihr

immer noch großes Potenzial bei den über 60-Jährigen auch abruft, hat die Union eine reelle Chance, die Bundestagswahl zu gewinnen. Die derzeit guten Umfragewerte für Kanzlerin Merkel und die CDU sollten uns nicht blenden: Immer mehr Wählerinnen und Wähler entscheiden sich mittlerweile erst kurz vor der Wahl, wen sie wählen. Und immer mehr Wählerinnen und Wähler bevorzugen das Stimmensplitting – also die Aufteilung der Erst- und Zweitstimme auf unterschiedliche Parteien. Die Wählerschaft wird immer unberechenbarer.

Wir müssen den älteren Menschen deshalb nicht nur sagen, dass es am 22. September vor allem auf sie und damit auf UNS ankommt. Wir müssen ihnen auch sagen, warum sie ihre beiden Kreuze bei der CDU machen sollen. Die CDU hat in der Vergangenheit sicherlich nicht alles richtig gemacht, aber vieles verbessert und auf den Weg gebracht. Es gibt viele gute Gründe, CDU zu wählen. Zwei Gründe sind dabei für uns Ältere besonders wichtig:

1. Die friedliche Vereinigung Europas. Die CDU ist und bleibt die Europapartei in Deutschland. Die CDU steht ohne Wenn und Aber hinter dem Euro und ist Garant für Währungsstabilität und Wirtschaftswachstum. Bundeskanzlerin Merkel hat die Weichen so gestellt, dass Deutschland gestärkt aus der internationalen Wirtschaftskrise hervorgegangen ist und in Europa erfolgreich Führungsverantwortung übernommen hat.

013

2. Positive Veränderungen bei der Rente. Zwar war das Ausmaß der Rentenerhöhung in diesem Jahr wenig erfreulich, jedoch ist im kommenden Jahr eine beträchtliche Rentenerhöhung zu erwarten. Darüber hinaus setzt sich die Union

für eine höhere Mütterrente ab 2014 und eine Rentenreform direkt nach der Bundestagswahl ein.

Die Bundestagswahl ist eine Richtungsentscheidung: entweder Wachstum, Verläss-

lichkeit und Rentenreform mit der Union oder Steuererhöhungen, Gängelei und Bevormundung mit SPD und Grünen.

Liebe Seniorinnen und Senioren:

Wir sind das wahlpolitische Pfund, mit dem die Union wuchern kann. Bitte werben Sie auch innerhalb Ihrer Familie, in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis für die Union und Angela Merkel. Es gibt keine politische Alternative zu Angela Merkel und der Union. Deshalb bitte am 22. September mit beiden Stimmen CDU wählen. ■

Erkennungszeichen und Ehrenabzeichen der Senioren-Union



Nobles Erkennungszeichen der Senioren-Union Ansteckpin

10 mm breit und 6 mm hoch
Bestell-Nummer: **0244**
Preis je **25 Stück: 7,20 €**
inkl. MwSt.: 8,57 €



Ehrenabzeichen der Senioren-Union Ansteckpin
5-jährige Mitgliedschaft, mit silberfarbener Umrandung

Bestell-Nummer: **0101**
Preis je **10 Stück: 4,35 €**
inkl. MwSt.: 5,18 €



Ehrenabzeichen der Senioren-Union Ansteckpin
10-jährige Mitgliedschaft, mit goldfarbener Umrandung

Bestell-Nummer: **0103**
Preis je **10 Stück: 4,35 €**
inkl. MwSt.: 5,18 €



Ehrenabzeichen der Senioren-Union Ansteckpin
ab 15-jährige Mitgliedschaft, mit goldfarbener Umrandung und Brillantstein

Bestell-Nummer: **0201**
Preis je **5 Stück: 67,90 €**
inkl. MwSt.: 80,80 €

Bestellmöglichkeiten:

per Telefax: 02152 915-25272 | **per E-Mail:** cdu-shop@portica.de

per Post: Portica GmbH Marketing Support, CDU-Shop, Von-Galen-Straße 35, D-47906 Kempen

**Senioren
Union** CDU



Altersvorsorge und Rente:

Die **Mütterrente** kommt!

Die Mütterrente ist fest im Regierungsprogramm von CDU und CSU verankert. Sie ist Tophema und gehört zu den zehn wichtigsten Projekten für Deutschlands gute Zukunft.

Ab 2014 gibt es für jedes vor 1992 geborene Kind einen Rentenpunkt mehr. Über acht Millionen Mütter bzw. Väter werden von der besseren Anerkennung der Kindererziehungszeiten in der Rente profitieren. Diese Regelung gilt für Frauen im Rentenbestand wie für Neuzugänge. Ein Rentenpunkt bedeutet monatlich rund 28 Euro mehr Rente pro Kind (Ost: 25 Euro). Das entspricht bei zwei Kindern durchschnittlich 650 Euro mehr Rente im Jahr – eine beachtliche Rentensteigerung. Dies gilt es im Bundestagswahlkampf in den Blick zu rücken.

Die Mütterrente ist weder eine Wohltat noch ein Sozialprogramm. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits im Jahr 1992

unmissverständlich deutlich gemacht, dass die Kindererziehung eine bestandssichernde Bedeutung für das System der Altersvorsorge habe. Die als Generationenvertrag ausgestaltete Rentenversicherung lässt sich ohne die nachrückende Generation nicht aufrechterhalten. Dies lässt sich auf die einfache Formel bringen: ohne Kinder keine Rente!

Lebensleistung durch Erziehung der Kinder

Die bessere Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rente ist ein Kernanliegen der Frauen Union. Denn die Entgeltlücke von 23 Prozent setzt sich als Rentenlücke für Frauen fort. In Deutschland beziehen Frauen im Durchschnitt ein eigenes Alterseinkommen in Höhe von 645 Euro im Monat, das sind 59,6 Prozent weniger als bei Männern. Der Grund ist in den weiblichen Rentenbiografien zu suchen.

Frauen mit vor 1992 geborenen Kindern haben noch längere Zeit wegen der Kindererziehung im Beruf ausgesetzt und auf vieles verzichtet. Je mehr Kinder erzogen wurden, desto geringer ist in der Regel die eigene Rente. Kita-Plätze waren Mangelware. Der berufliche Wiedereinstieg war noch schwieriger. Zugleich gelten für diese Generation bereits die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, die Absenkung des Sicherungsniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie Änderungen bei der Hinterbliebenenrente und im Unterhaltsrecht.

Mütter, deren Kinder nach 1992 geboren wurden, werden im Gegensatz dazu eine deutlich bessere eigenständige Alterssicherung haben. Der Grund ist die Anerkennung von drei Kindererziehungsjahren statt nur einem Kindererziehungsjahr.

Finanzierung der Mütterrente

Wir wollen Frauen vor Altersarmut bewahren. Die Mittel für die Finanzierung der Mütterrente sind vorhanden. Die Rentenkasse ist gut gefüllt und bietet genügend Spielraum, um die Mütterrente zu verbessern. Zudem wird seit 1999 seitens der Bundesregierung für die Anrechnung von Kindererziehungszeiten Jahr für Jahr mehr in die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) eingezahlt, als aktuell an Mütter in Rente für Kindererziehungszeiten ausbezahlt wird. Allein im Jahr 2010 lag dieser Bundeszuschuss bei 11,6 Milliarden Euro. Die GRV zahlte für Kindererziehungszeiten 2010 allerdings nur rund 6,2 Milliarden Euro aus. Die Differenz zwischen Beitragszahlung und Rentenzahlung für Kindererziehungszeiten ergab 2010 damit 5,4 Milliarden Euro. Mit diesem Betrag wurde die GRV durch den Bund subventioniert, ohne dass dies Rentnerinnen zugute gekommen wäre.

Drei CDU-Bundes-Parteitagbeschlüsse (2003, 2011, 2012) sowie acht Beschlüsse von CDU-Landesparteitagen allein in 2011 und 2012 haben den politischen Willen für ein Schließen der Gerechtigkeitslücke seitens der CDU mehr als deutlich gemacht. Mit einer bundesweiten Mobilisierungskampagne hielten wir die Forderung zur Verbesserung der Mütterrente im Fokus der politischen Öffentlichkeit. Dabei konnte die Frauen Union auf eine breite Welle der Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger und von Frauenverbänden bauen. Mein Dank geht an dieser Stelle auch an die Senioren-Union, die an unserer Seite stand.

Unsere Botschaft im Bundestagswahlkampf 2013 lautet: Wer die Mütterrente will, wählt CDU! ■



Die Autorin:
Prof. Dr. Maria Böhmer MdB ist Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands.



Demografie:

Das neue Zeitalter

Die Weltbevölkerung wächst, aber in Deutschland sinkt die Zahl der Einwohner, und die Altersstruktur verändert sich revolutionär. Im Jahre 2060 wird die Alterspyramide auf dem Kopf stehen. Aus einer Pyramide wird ein Kreisel. Dieser demografische Wandel stellt uns vor große Herausforderungen.

Es war eine Unternehmensmitteilung, die in die Kategorie „Skurriles“ zu gehören schien. Im Mai 2012 verkündete der auf Windeln spezialisierte japanische Konzern Unicharm, dass er im Vorjahr erstmals mehr Windeln für Erwachsene als für Babys verkauft habe. Eigentlich eine Randnotiz.

Doch die gesellschaftliche Umwälzung, die dahintersteckt, ist von immenser Tragweite. Diese Unternehmensberichterstattung veranschaulicht den demografischen Wandel. Wir haben nicht zu viele ältere Menschen, wir haben zu wenige junge Menschen. Und wenn es stimmen sollte, dass die Kinder unsere Zukunft sind, muss man zwangsläufig zu der Frage kommen, warum wir so wenige Kinder haben.

Es könnte der Gedanke aufkommen, dass man an keine gute Zukunft glaubt. Und in der Tat: Durch die Unterjüngung der Gesellschaft geraten unsere sozialen Sicherungssysteme in die Schieflage.

Heute kommen auf 100 Beitragszahler etwa 60 Rentner. Im Jahre 2030 dürften es bereits 100 Rentner sein. So die Prognose des Instituts der deutschen Wirtschaft in

Köln. Natürlich droht Ähnliches auch der Kranken- und Pflegeversicherung. Das bisherige Sozialsystem stößt an seine Grenzen. Diese Entwicklung ist seit mehr als drei Jahrzehnten bekannt. Es muss da überraschen, dass sich die Politik erst seit einigen Jahren an das Thema „Demografie“ herantraut.

Es ist zu begrüßen, dass seit April 2012 eine Demografiestrategie der Bundesregierung existiert. Es bleibt zu hoffen, dass es zu dringend notwendigen Lösungsansätzen kommt, insbesondere auch im Interesse der jungen Generation.

Aber warum hat die Politik sich nicht schon viel früher an dieses Thema getraut? Als langfristiger Trend betrifft der demografische Wandel nie die nächste Wahl. Deshalb geht man auch nicht mit dem notwendigen Elan an die Umsetzung heran. Das könnte nämlich Wählerstimmen kosten. In dieser Situation haben die alten Menschen eine besondere Verantwortung. Sie entscheiden nämlich, welche Ziele in der Politik verfolgt werden. Und da den älteren Menschen das Wohl der Enkel besonders am Herzen liegt, müssen sie sich gesellschaftlich und politisch dafür einsetzen, dass es einen gerechten sozialen Ausgleich zwischen den Generationen gibt.

Die Zukunft der Kinder und Enkel liegt in der Hand der älteren Generation. Aus diesem Grund muss die Senioren-Union nach der Bundestagswahl verstärkt darauf drängen, dass die sozialen Sicherungssysteme den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen angepasst werden.

Im Jahre 1979 fand ein Seminar der Jungen Union Westfalen-Lippe zum Thema „Alterssicherung“ statt. Geleitet wurde dieses Seminar von dem stellvertretenden Vorsitzenden der Jungen Union Westfalen-Lippe, und Referent war der sehr bekannte Pater

Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning. Am Ende des Seminars hat der stellvertretende JU-Landesvorsitzende festgestellt: „Unabhängig von der sofortigen Zustimmung der Menschen und unabhängig von Wahlen ist es dringend geboten, aus Verantwortung gegenüber der Zukunft das Rentensystem zu reformieren.“ Der damalige stellvertretende Vorsitzende der Jungen Union Westfalen-Lippe ist der heutige Präsident des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert.

Er hatte recht.

Die generationenübergreifenden Probleme können wir nur in Zusammenarbeit der Generationen und auf der Grundlage von Solidarität lösen. Dabei muss gelten, dass der Wert des Menschen nicht vom Alter abhängt. Das Wort von Papst Benedikt XVI. vor dem Deutschen Bundestag sollte uns Richtschnur sein: „Das Zusammenleben der Menschen in Freiheit geht nur mit Solidarität.“

Die Senioren-Union baut auf eine klare Aussage unserer Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, die vor einigen Wochen erklärte, dass sofort nach der Bundestagswahl die Rentenproblematik aufgegriffen werden soll. ■

Der Autor:

Leonhard Kuckart
war 20 Jahre lang Mitglied des Landtages von NRW und ist stv. Bundesvorsitzender der Senioren-Union sowie deren Landesvorsitzender in NRW.
www.senioren-union-nrw.de



Für eine stabile und **generationengerechte** Rente

Garantierente, 850 Euro Mindestrente, solidarische Mindestrente von 900 Euro, identische Rentenwerte: So heißen die Schlagworte der Oppositionsparteien, die angeblich alle Rentenprobleme lösen sollen. Der Weg muss aber ein anderer sein.

Wie sahen die Rentenkassen aus, als die Union im Jahre 2005 nach sieben Jahren Rot-Grün an die Regierung kam? Die Nachhaltigkeitsrücklage in der gesetzlichen Rentenversicherung lag im Jahre 2005 auf dem absoluten Tiefpunkt, nämlich bei gerade einmal 0,11 Monatsausgaben oder rund 1,7 Milliarden Euro. Zum Juli 2004 und 2005 konnte es weder im Osten noch im Westen eine Rentenanpassung geben, sondern der Rentenwert aus dem Jahr 2003 von 26,13 Euro im Westen und 22,97 Euro im Osten galt unter Rot-Grün über mehr als 2 Jahre weiter. Im September 2005 konnten die Renten nur ausbezahlt werden, weil der Finanzminister einen Zusatzkredit gewährte. Sie erreichten damit – trotz der zwei Nullrunden für die Rentner – den niedrigsten Wert seit 1975.

Mit der unionsgeführten Bundesregierung ist die gesetzliche Rentenversicherung in den vergangenen Jahren auf eine gesunde Basis gestellt worden. Die aktuelle Nachhaltigkeitsrücklage im Juni 2013 lag bei 1,57 Monatsausgaben oder 27,94 Milliarden Euro. Eine solche Nachhaltigkeitsrücklage ist in den vergangenen 40 Jahren bei der Rentenversicherung nicht erreicht worden.

Ab Juli 2012 wurden die Renten um 2,26 Prozent in den ostdeutschen Ländern und um 2,18 Prozent im Westen erhöht. Die Rentenerhöhung 2012 ist damit noch einmal mehr als doppelt so hoch ausgefallen wie im Jahr 2011. Bereits ab dem 1. Juli 2011 erhielten die

Rentnerinnen und Rentner 0,99 Prozent mehr Rente. Für 2014 rechnet das Institut für Weltwirtschaft mit einer weiteren Erhöhung der Renten zum 1. Juli 2014 um voraussichtlich 2,8 Prozent im Westen und 3,3 Prozent im Osten. Laut Rentenversicherungsbericht 2012 sind in allen künftigen Jahren Rentenerhöhungen möglich.

Mit der Union ist trotz der Finanzkrise der Arbeitsmarkt konsolidiert worden. Noch nie waren so viele Menschen erwerbstätig. Bundesweit gibt es 41,6 Millionen Erwerbstätige und rund 29 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Das ist Rekord. Bei der Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-jährigen liegt Deutschland mit über 60 Prozent inzwischen EU-weit auf Platz zwei. In keiner anderen Altersgruppe ist die Beschäftigung stärker angestiegen.

Dass die Rente den Löhnen folgt, hat sich in Deutschland über Jahrzehnte bewährt. Steigen die Einkommen für die arbeitende Generation, dann haben auch die Rentnerinnen und Rentner etwas davon. Unter der unionsgeführten Bundesregierung eingeführte bundesweite Branchenmindestlöhne schützen bereits vier Millionen Menschen und wirken sich positiv auf die Rentenangleichung in Ost und West aus.

Die Rentenanpassung zum 1. Juli 2013 fällt mit 3,29 Prozent im Osten aufgrund der positiven Lohnentwicklung in den Jahren 2011 und 2012 gut aus. In den alten Bundesländern erhöht sich die Rentenzahlung um 0,25 Prozent. Die Löhne in Westdeutschland sind weniger gestiegen. Zudem wirkt hier noch die Rentengarantie von 2010 nach, mit der unterbliebene Rentenkürzungen nachgeholt werden müssen.

Diese unterschiedliche Entwicklung zeigt aber auch klar: Der Osten holt auf. Denn das für die Anpassung entscheidende Lohnplus war im Osten merklich höher als im Westen. Der aktuelle Rentenwert in den neuen Ländern steigt damit von 88,8 auf 91,5 Prozent des

Wertes in den alten Ländern. Die Angleichung der Renten in Ost und West kommt damit einen wichtigen Schritt voran.

Die Einbeziehung der Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern in das System der gesetzlichen Rentenversicherung ist eine der größten sozialpolitischen Leistungen des deutschen Einigungsprozesses und eine großartige Solidarleistung der Versicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Der Alterssicherungsbericht, den die Bundesregierung alle vier Jahre vorlegt, zeigt, dass nur sehr wenige der heutigen Rentnerinnen und Rentner von Altersarmut bedroht oder betroffen sind. Nur rund 2,6 Prozent der Personen ab 65 Jahren waren Ende 2011 in Deutschland auf ergänzende Grundsicherung im Alter angewiesen. Zu beachten ist im Übrigen, dass nur etwa die Hälfte der Bezieher von Grundsicherung im Alter überhaupt Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt und damit für ihr Alter vorgesorgt hat.

Durch den demografischen Wandel wird sich diese Situation jedoch für die Zukunft ändern. Vor allem Frauen, die z. B. aufgrund von Kindererziehungszeiten nicht berufstätig waren oder nur in Teilzeit gearbeitet haben, und Geringverdiener haben oftmals nicht genug, um einen ausreichenden Lebensstandard im Alter zu sichern.

Um hier entgegenzuwirken, wollen wir Niedrigrenten für langjährige Berufstätige und Personen, die den Beruf für die Kindererziehung oder Pflege zurückgestellt haben, aufstocken. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss eine Rente über dem Existenzminimum haben.

CDU und CSU haben die Kindererziehungszeit in der Rente eingeführt und schrittweise verbessert. Ab 2014 ist außerdem eine Besserstellung von Müttern von vor 1992 geborenen Kindern bei den Kindererziehungszeiten um einen Entgeltpunkt vorgesehen. Das entspricht bei zwei Kindern durchschnittlich 650



Euro mehr Rente im Jahr. Diese bessere Anerkennung ist durch die gute finanzielle Situation der Rentenversicherung und vorhandene Mittel aus dem Zuschuss des Bundes möglich.

Die rot-grüne Bundesregierung hat mit den Rentenreformen von 2001 und 2004 eine langfristige Senkung des Rentenniveaus eingeleitet. Gleichzeitig wurden Fördermaßnahmen beschlossen, mit denen der Aufbau einer individuellen ergänzenden kapitalgedeckten Altersvorsorge begünstigt wird.

Nach den Vorausberechnungen des Rentenversicherungsberichts 2012 sinkt damit zwar das Sicherungsniveau vor Steuern ab, liegt aber noch innerhalb der gesetzlichen Vorgaben. Das gesamte Versorgungsniveau aus Sicherungsniveau vor Steuern einschließlich einer Riester-Rente für Rentenzugänge kann allerdings über den gesamten Vorausrechnungszeitraum des Rentenversicherungsberichts über die nächsten 15 Jahre oberhalb der Größenordnung des Jahres 2008 zwischen knapp 51 und knapp 52 Prozent gehalten werden.

In diesem Zusammenhang muss man auch bedenken, dass eine niedrige gesetzliche Rente nicht zwangsläufig mit Altersarmut gleichzusetzen ist, denn Armut ist stets im gesamten Haushaltskontext zu sehen. Das durchschnittliche Alterseinkommen von Ehepaaren liegt dem offiziellen Alterssicherungsbericht zufolge bei 2.433 Euro, das von alleinstehenden Männern bei 1.560 Euro und von alleinstehenden Frauen bei 1.292 Euro.

Das Regierungsprogramm der Union für die kommende Legislaturperiode sieht zudem folgende Leistungsverbesserungen bei der Rente vor: „Bezieher von Erwerbsminderungsrenten werden wir mit einer spürbaren Erhöhung ihrer Rentenansprüche besser stellen und ihnen damit eine sichere Versorgung ermöglichen. Die Beschäftigungsmöglichkeiten älterer Menschen wollen wir durch bessere Gesundheitsleistungen und darüber

hinaus durch eine bessere Anpassung der Rehabilitationsleistungen an den sich verändernden Altersaufbau unserer Gesellschaft fördern.“

Außerdem soll die betriebliche Altersvorsorge für kleine und mittlere Unternehmen attraktiver gemacht werden.

Die 2006 beschlossene und 2012 eingeführte schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ist eine Antwort auf die demografische Entwicklung und ein wichtiger Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Sie ist gemeinsam von Union und Sozialdemokraten durchgesetzt worden. Die niedrige Geburtenrate und die steigende Lebenserwartung wirken sich negativ auf das zahlenmäßige Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenempfängern aus. Außerdem ist durch den Rückgang der Menschen im erwerbsfähigen Alter bereits ab ca. 2015 bis 2020 mit einem spürbaren Mangel an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen.

Ohne die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters droht ein dramatischer Anstieg der Staatsschulden mit massiven Lasten für künftige Generationen. Die „Rente mit 67“ stellt jetzt die Weichen, um die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Belastungen generationengerecht zu verteilen.

„Rente mit 67“ muss jedoch nicht heißen „voll durcharbeiten bis 67“. Es soll flexible Lösungen geben und jeder gegen Ende des Berufslebens die Möglichkeit haben, die Arbeit schrittweise zu reduzieren. Wir brauchen bessere und einfachere Möglichkeiten, um vorgezogene Renten und Teilzeitarbeit miteinander zu vereinbaren. Die bisherigen starren und komplizierten Hinzuverdienstgrenzen für Teilrentner haben dazu geführt, dass viele Menschen bisher auf einen Hinzuverdienst verzichtet haben, weil es sich entweder nicht gelohnt hat oder das Verfahren zu bürokratisch war. Schon ein geringes Überschreiten dieser Gren-

zen hat zudem zu einer unverhältnismäßig starken Rentenkürzung geführt.

Mit dem Vorschlag der Bundesregierung für eine Kombirente wird die Möglichkeit für einen Hinzuverdienst deutlich angehoben und flexibilisiert und so auch die Möglichkeit geschaffen, dass erfahrene Fachkräfte länger erhalten bleiben. Die Kombirente erlaubt ein Einkommen aus Rente und Hinzuverdienst in der Höhe des früheren Einkommens. Die Obergrenze bemisst sich am höchsten Jahresbruttoeinkommen in den 15 Jahren vor Renteneintritt. Ab Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters (bis 2029 schrittweise von heute 65 auf dann 67 Jahre steigend) kann weiterhin jeder unbeschränkt hinzuverdienen.

Gerade für Berufe, in denen man nicht bis zum Renteneintritt „100 Prozent durchpowern“ kann, ist diese Regelung vorteilhaft. Die Tarifpartner können ein flexibles Arbeiten bis zur steigenden Regelaltersgrenze vereinbaren. Außerdem sollte man Möglichkeiten nutzen, dass die Arbeitgeber auch bei Hinzuverdienern zusätzliche Beiträge über den normalen Pflichtbeiträgen zur Rentenversicherung leisten, die sich dann später rentensteigernd auswirken.

Die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters geht auch einher mit Maßnahmen für gesundheitsgerechte und altersgerechte Arbeitsbedingungen. Arbeit muss sich an die Bedürfnisse der Menschen anpassen und nicht umgekehrt. Immer mehr Ältere wollen auch im Rentenalter beruflich aktiv bleiben. Humanisierung der Arbeitswelt, Arbeitsschutz und gesundheitliche Prävention am Arbeitsplatz sind und bleiben zentrale politische Herausforderungen. Ohne bessere Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ohne besseres betriebliches Gesundheitsmanagement wird die Anpassung der Rente an die demografische Entwicklung in Zukunft nicht funktionieren. ■

Der Autor:
Peter Weiß MdB ist seit 2009 Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
www.peter-weiss.de





Drei Fragen an ...

Marie-Luise Dött

umweltpolitische Sprecherin
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
und Mitglied der Senioren-Union

1

Souverän: Luft- und Gewässerbelastung sind in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen, Altlasten wurden saniert. Kann man mit dem Thema Umweltschutz überhaupt noch politisch punkten?

Dött: Es ist uns gelungen, in den letzten Jahrzehnten in vielen Bereichen die Schadstoffbelastung der Luft und unserer Gewässer deutlich zu reduzieren. Diese Erfolge können durchaus den einen oder anderen zu der Feststellung verleiten, umweltpolitisch seien die Hausaufgaben erledigt. Dabei wird verkannt, dass wir nur ein, wenn auch solides Fundament geschaffen haben und Umweltpolitik sich heute darauf konzentrieren kann, positive, aber noch nicht voll befriedigende Entwicklungen zu beschleunigen. Zudem gehört es zu den Aufgaben der Umweltpolitik, wissenschaftliche und technologische Entwicklungen konstruktiv, aber kritisch zu begleiten. Ich denke da beispielsweise an die Nanotechnologie.

2

Souverän: Hinter der Energiewende verblissen frühere Themen wie Flächenversiegelung, produktintegrierter Umweltschutz oder Abfallrecycling. Liegt der Fokus damit richtig?

Dött: Der Aufbau einer hocheffizienten Versorgung mit regenerativen Energien berührt eben nicht nur Fragen des Klima- und Umweltschutzes. Auch künftig geht es darum, für Verbraucher und Wirtschaft ein weiterhin hohes Maß an Versorgungssicherheit zu bezahlbaren Preisen zu gewährleisten.

Nicht zuletzt wird deshalb parteiübergreifend die Errichtung eines eigenständigen Energieministeriums diskutiert. Ohne Zweifel ist die Energiewende eine der großen politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahre. Es wäre aber eine total verkürzte Sichtweise, die Energieagenda quasi in Konkurrenz zur klassischen Umweltpolitik zu stellen.

3

Souverän: Was muss die Umweltpolitik aus Ihrer Sicht in der nächsten Legislaturperiode verstärkt angehen, welche Themen liegen Ihnen persönlich besonders am Herzen?

Dött: Natürlich bleibt der Klimaschutz ganz oben auf der umweltpolitischen Agenda. Ich denke aber beispielsweise auch an die Umweltbelastungen durch den Straßenverkehr. Lärm, CO₂-Emissionen oder Stickoxidbelastung müssen an der

Quelle, also am Fahrzeug, reduziert werden. Es bleibt zudem unsere Aufgabe, den Naturreichtum und die Artenvielfalt unserer Heimat zu bewahren. Ein wichtiger Baustein hierfür ist die Stärkung des erfolgreichen „Bundesprogramms Biologische Vielfalt“. Die erreichte hohe Qualität unserer Flüsse und Seen gibt uns die Möglichkeit, die Artenvielfalt dort zu erhöhen. Und es ist dringend erforderlich, den Flächenverbrauch für Wohnen, Gewerbe und Straßenbau von heute fast 90 Hektar bis 2020 um zwei Drittel auf 30 Hektar pro Tag zu senken. Stadtplanungskonzepte müssen dies künftig stärker berücksichtigen.

Richtig ist auch, die Zielkonflikte beim Umbau unseres Energieversorgungssystems, z. B. beim Leitungsausbau, mit dem Natur- und Landschaftsschutz zu lösen oder zumindest zu minimieren.

Globale Probleme, wie beispielsweise die Zerstörung der Wälder, die weltweite Vernichtung von Tier- und Pflanzenarten oder die zunehmende Meeresverschmutzung, zeigen, dass Umweltpolitik eine starke internationale Dimension hat, an deren Lösungen wir uns mit unseren Erfahrungen, mit unserem technologischen Know-how und auch finanziell beteiligen müssen. ■

Leserbriefe



Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns.
Bitte schreiben Sie uns:

Senioren-Union der CDU Deutschlands
Leserbriefe
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

Wie sauber geht Kohle?

Zur Souverän 2-2013, S. 30/31

Über den Artikel zur Kohle habe ich mich sehr gefreut. Er war dringend erforderlich. Für ebenso erforderlich halte ich einen Artikel zum Gebrauch und Verständnis der beiden Begriffe „Energie“ und „Leistung“. Bei Diskussionen und Aussagen in den Medien werden beide häufig verwechselt bzw. gar nicht auseinandergehalten. Beide werden überwiegend im Alltagssprachgebrauch verwendet. Zum Beispiel: Das Kraftwerk erzeugt soundso viel kW an Strom. Oder: Die 32 GW der Photovoltaikanlagen entsprechen 20 Atomkraftwerken. Dass Energie = Leistung mal Zeit ist, wird ignoriert oder ist unbekannt. Wie viel Wind- oder Solarkraftwerke benötigt werden, um genauso viel Strom zu erzeugen wie ein Kernkraftwerk, ist meist unbekannt. Und das dann auch nur im Saldo, nicht aber bedarfsgerecht. Mit mangelnden Physikkenntnissen kann man sich heutzutage ja sogar brüsten.

Dr. Ing. Friedrich Weinhold, 22844 Norderstedt

Senioren im Visier der Finanzverwaltung

Zur Souverän 2-2013, S. 8/9

Ihr Artikel spricht mir aus der Seele. Die angeführten Kriterien habe ich alle selbst erfahren müssen. Es ist mehr als schäbig, mit welcher Lässigkeit die Probleme der Senioren abgetan werden. Ich kann Sie nur ermuntern, weiterhin den Finger in die Wunde zu legen.

Edith Giebel, 67549 Worms

Vom Ehegatten- zum Familiensplitting?

Zur Souverän 1-2013, S. 36/37

Der Artikel ist gut und sachlich überzeugend geschrieben, und doch möchte ich einige Anmerkungen dazu geben. Ich habe seit Jahren bedauert, dass die CDU nicht rechtzeitig die Initiative ergriffen hat, homosexuellen Partnerschaften Vertragsmöglichkeiten mit Außenwirkung zu geben (in unserer verrechtlichten Gesellschaft leider notwendig), und man den anderen Parteien dann die „Homo-Ehe“ einzuführen überließ.

Die totale Gleichstellung zwischen sexueller Ehe und homosexueller Partnerschaft ist für mich keineswegs erstrebenswert. Ich komme aus einer Familie mit sechs Kindern, bin seit über 50 Jahren verheiratet und habe drei Kinder und vier Enkel. Ich weiß, was Familie bedeutet, und schätze, dass sie unter besonderem Schutz stehen soll. Allerdings bin ich bei der inzwischen eingetretenen Entwicklung nicht mehr von der Gleichstellung von der Ehe mit und ohne Kinder überzeugt. Dass Herr Mihm die Tatsache, dass auch kinderlose Ehepaare familiäre Pflichten (gegenüber Eltern) erfüllten und damit den familiären Schutz einer Ehe verdienten, ist leider nicht folgerichtig, ich kenne nahezu ebenso viele Alleinstehende, die sich um ihre alten Eltern liebevoll kümmern und damit „Familienaufgaben“ erfüllen.

Heute ist die Ablösung des Ehegattensplittings durch das Familiensplitting dringend angezeigt. Die/der alleinerziehende Mutter/Vater braucht den gleichen Status wie verheiratete Väter und Mütter. Es kommt auf den Schutz des Kindes an, das ja nicht wegen der für das Kind fast immer bedauerlichen Scheidung der Eltern bestraft werden darf. Wenn Ehegattensplitting (welche Form der „Ehe“ auch immer) wegfällt, werden keine Anreize einer Partnerschaft von sehr unterschiedlich verdienenden Partnern/Partnerinnen gesetzt, im Falle, dass in der Ehe Kinder dazukommen, würde selbstverständlich das Splitting Platz greifen.

Gudrun Kemmann, per E-Mail

... Nicht ganz verstehen kann ich Ihren Vorschlag bezüglich des Einführens eines Familiensplittings. Weil Familien mit Kindern heute bereits durch Kindergeld gefördert werden, sehe ich hier keinen Handlungsbedarf. Außerdem ist es doch so, dass von einer steuerlichen Erleichterung nur

diejenigen profitieren, die auch Steuern bezahlen. Je höher das zu versteuernde Einkommen ist, um so mehr profitiert man davon. Familien mit geringem Einkommen, die die Förderung am meisten benötigen, zahlen wahrscheinlich keine Steuern und haben folglich auch nichts vom Familiensplitting. Ich befürchte auch, dass deswegen die Opposition im bevorstehenden Bundestagswahlkampf dies als Angriffspunkt benutzen könnte.

Robert Castor, 50259 Pulheim

Bei der Neugestaltung des Splittings in der Einkommensteuer sollte im Vordergrund die Lebensgemeinschaft mit Kindern stehen. Hierunter fallen Verheiratete und eingetragene Partnerschaften mit mindestens einem leiblichen oder adoptierten Kind. Mein Neuordnungsvorschlag: Das Familiensplitting bleibt für Paare bestehen, wenn nach Studium und Ausbildung der Kinder diese nicht mehr in der elterlichen Wohnung leben. In der Steuereinteilung das Ehegatten- und Paarsplitting (eingetragene Paare). Deren Steuersatz beträgt zehn Prozent Zuschlag auf das Familiensplitting. Als dritte Gruppe sind hier die Alleinerziehenden zu berücksichtigen. Sie erhalten bei Lebensgemeinschaften mit einem leiblichen oder adoptierten Kind einen Abschlag von zehn Prozent bei einem Kind und 15 Prozent bei mehreren Kindern.

Sebastian Brückner, 53547 Roßbach

Demografischer Wandel

Zur Souverän 1-2013, S. 12 ff.

Es ist ein heikles Thema! Altersarmut und Pflegenotstand sind in aller Munde, und es wird meist nur gejammert und geklagt. Alle Berechnungen, neue Pläne usw. helfen nicht viel, wenn nicht die tatsächlichen Ursachen deutlich angesprochen werden! Wenn die Gebärfähigen jetzt keine Kinder wollen, dürfen sie sich nicht über den Staat beschweren, sondern sie müssen dann die Schuld bei sich selbst suchen. Wer jetzt keine Kinder will, hat später keine Einzahler in die Rentenkasse, wer jetzt keine Kinder will, hat später keine Pfleger. ... Wem heute Reisen in alle Welt wichtiger sind, muss später alle Nachteile in Kauf nehmen. Ich bin ein ehemals alleinerziehender Vater von vier Kindern. Jetzt bin ich ein glücklicher Vater und glücklicher Großvater von acht Enkeln.

Heinz Scholze, 73207 Plochingen

Reisetermine:

20.11. bis 27.11.2013
12.02. bis 19.02.2014

Verlängerungswoche möglich

Reiseleistungen:

- Flüge Deutschland* / Malta / Deutschland mit der Air Malta in der Economy-Class
- Flughafensicherheitsgebühren, Luftverkehrsabgabe und Kerosinzuschläge von z.Zt. EUR 46,- bis EUR 56,- je nach Abflughafen (Stand 08/13)
- Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
- 7 Übernachtungen im Dolmen Resort Hotel (4 Sterne, Landeskategorie) im Doppelzimmer
- Halbpension
- Besichtigungen lt. Programm (2 Ganz- und 2 Halbtagesausflüge)
- Eintrittsgelder zum Programm
- Besuch des Konzertes in der St. John's Co-Cathedral inkl. Transfers
- Deutschsprachige Reisebetreuung vor Ort
- Umfangreiches Informationsbuch zur Reise
- * Flüge
Flüge möglich ab/bis: Berlin-Tegel, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg und München

Reisepreis:

EUR **799,-**

Preis pro Person im Doppelzimmer*
Einzelzimmer-Zuschlag: EUR 126,-
Aufpreis für Zimmer mit garantier-
tem Meerblick:
EUR 35,- pro Person / Woche
Verlängerungswoche inklusive
Halbpension im Doppelzimmer*:
EUR 210,- pro Person

* bei Zweierbelegung

- Grundpreis mit Flügen ab/bis:
München
- Zuschlag für Flüge ab/bis:
Frankfurt, Düsseldorf:
EUR 30,- pro Person
Berlin-Tegel, Hamburg:
EUR 40,- pro Person

Wir empfehlen den Abschluss einer
Reiserücktrittskosten-Versicherung
mit Selbstbehalt zum Preis von EUR
32,- p.P. für die erste Woche bzw.
EUR 40,- inklusive Verlängerungs-
woche.

(Die Versicherung kann nach Abschluss
nicht mehr storniert werden.)

Terramundi ist insolvenz-
versichert bei:



MALTA



Wenn bei uns Winter ist, erwartet Sie die kleine Mittel-
meerinsel mit mildem Klima und viel Sehenswertem.
Besonders beeindruckend sind die imposanten Bau-
werke aus der Ära der Kreuzritter. Mächtige Wehran-
lagen, prächtige Paläste und zahlreiche Gotteshäuser
sind die steinernen Zeugen aus jener Blütezeit.

Auch die Hauptkirche Maltas, die St. John's Co-Cathe-
dral, zählt dazu. Sie verwandelt sich an einem Abend
Ihrer Reise für Sie zum exklusiven Konzertsaal. Chor
und Orchester mit maltesischen Künstlern bieten Ih-
nen ausgewählte Werke herausragender Komponisten
dar. Es erklingen Auszüge aus dem Sakralwerk „Stabat
Mater“ von Gioachino Rossini sowie dem „Requiem“
von Giuseppe Verdi, u. a. das prächtige „Dies Irae“.

Den Rahmen für entspannte Stunden bietet ein schönes
Hotel direkt am Meer. Wer die Annehmlichkeiten des
4-Sterne-Hauses und das milde Klima länger genießen
möchte, bucht einfach die Verlängerungswoche.



Beachten Sie bitte: Für die Einreise benötigen deutsche Staatsangehörige nur ihren gültigen Personalausweis oder Reisepass. • Die Mindestteilnehmerzahl, die bis 6 Wochen vor Reisebeginn erreicht sein muss, beträgt 180 Personen je Termin. • Die Senioren-Union und Souverän treten nur als Vermittler auf. Es gelten die Reisebedingungen des verantwortlichen Veranstalters Terramundi GmbH.

Neuaufgabe
wegen des
großen Erfolges!

... mit exklusivem Konzert
in imposanter Kulisse.

Besichtigungen:
Erlebnisreiches
Ausflugsprogramm
im Preis enthalten

Kultur:
Exklusives Konzert in
einmaliger Kulisse

Erholen:
Mildes Klima und
schönes 4-Sterne-Hotel



Dolmen Resort Hotel****

Lage: Das Hotel liegt in Bugibba,
direkt an der St. Paul's Bay. Eine
Straße trennt das Hotel von der
Promenade und dem Felsstrand.
In der nahen Umgebung befinden
sich zahlreiche Geschäfte, Restau-
rants und Bars.

Ausstattung: Großzügig gestal-
tete Eingangshalle mit Rezep-
tion und Sitzzecken, sechs Lifte,
Restaurants und Bars, mehrere
Außen-Swimmingpools, eigener
Felsstrand mit Beachclub, Was-
sersport, Innen-Swimmingpool
mit Sauna, Wellness-Center mit
Fitnessraum (Nutzung teilweise
gegen Gebühr).

Zimmer: Die komfortabel einge-
richteten 430 Zimmer (einschließ-
lich 44 Suiten) verteilen sich auf 5
Etagen. Alle verfügen über Bad /
Dusche / WC, Klimaanlage, Radio,
Direktwahl-Telefon, Satelliten-
Farb-TV, Haarföhn, Minibar, Safe
und Balkon oder Terrasse. Zim-
mer mit garantiertem Meerblick
können gegen Aufpreis gebucht
werden.

Essen: Frühstück und Abendes-
sen in Buffetform.



Ausflüge und
exklusives Konzert
im Preis enthalten!

Der Reiseverlauf:

1. Tag: Flug vom gewählten Flughafen nach Malta, wo Sie bereits von der örtlichen Reiseleitung erwartet werden. Gemeinsam fahren Sie zum Check-In im Dolmen Resort Hotel.

2. bis 7. Tag: Im Reisepreis sind 2 ganz- und 2 halbtägige Ausflüge enthalten. Die restliche Zeit steht Ihnen zur Erholung oder für eigene Unternehmungen zur freien Verfügung. Das exklusive Konzert mit Werken von Gioachino Rossini und Giuseppe Verdi findet während Ihres Aufenthaltes an einem Abend in der prachtvollen St. John's Co-Cathedral in Valletta statt.

8. Tag: Bustransfer zum Flughafen und Rückflug zum Ausgangsflughafen Ihrer Reise – sei denn, Sie haben die Verlängerungswoche gebucht.

Ausflüge und Besichtigungen:

1/2 Tag: Halbtagesausflug in die Hauptstadt **Valletta**. Bei einem Rundgang zu Fuß durch die historische Stadt erleben Sie Geschichte auf Schritt und Tritt. Von den Upper Baracca Gardens haben Sie zunächst einen herrlichen Blick auf den Grand Harbour und die Befestigungsanlagen. Ihr Weg führt Sie weiter

zur Kathedrale des Hl. Johannes und über die Republic Street zum Großmeisterpalast mit dem alten Parlamentssaal und den darin befindlichen herrlichen Gobelins. Im Palast residieren heute der Staatspräsident und das maltesische Parlament.

1/1 Tag: Bei Ihrem heutigen Ganztagesausflug erhalten Sie zunächst einen Einblick in die frühe Kulturgeschichte Malts. In der „Höhle der Finsternis“, **Ghar Dalam**, wurden zahlreiche fossile Überreste verschiedener Tierarten gefunden, die bis vor etwa 10.000 Jahren noch auf Malta lebten. Anschließend besuchen Sie mit **Hagar Qim** eine Anlage aus der bedeutenden Epoche der Tempelbauer, 2800 bis 2100 v.Chr. Weiter geht es zum idyllischen Fischerdorf **Marsaxlokk**. Der Heimathafen der maltesischen Fischer erhält durch die bunt bemalten Boote im Hafen ein malerisches Aussehen. Am Nachmittag besuchen Sie die unbekannten „3 Städte“ **Vittoriosa**, **Senglea** und **Cospicua**. Sie gelten als die Wiege der maltesischen Geschichte, denn hier waren die ersten Befestigungsanlagen auf Malta zu finden. Vittoriosa, die „Siegreiche“, mit dem Fort St. Angelo diente den Rittern bei der Verteidigung

gegen die Türken als wichtiger Stützpunkt.

1/1 Tag: Ganztagesausflug, der Sie zunächst in die ehemalige Hauptstadt, **Mdina**, führt. Die 4.000 Jahre alte „Stille Stadt“ wurde einst auf dem höchsten Punkt der Insel errichtet. Der nächste Stopp ist an den **Dingli Klippen** vorgesehen. Hier stürzen die kalkweißen Felsen fast 200 Meter senkrecht ins Meer. Bei einem Besuch im Kunsthandwerkerdorf **Ta' Qali** haben Sie danach Gelegenheit, maltesischen Künstlern beim Arbeiten über die Schulter zu sehen. Im benachbarten Attard laden wir Sie ein zu einem Rundgang durch die **St. Anton's Gardens**. In diesem botanischen Garten befindet sich auch der Palast des maltesischen Staatspräsidenten. Letzter Besichtigungspunkt des heutigen Tages ist die Kirche, deren Kuppel mit 54 Metern Durchmesser die viertgrößte Europas ist.

1/2 Tag: Halbtägige **Hafenrundfahrt** durch den Grand Harbour, bei der Sie u.a. die beeindruckenden Befestigungsanlagen der Forts St. Elmo und St. Angelo sowie die bedeutende Schiffsverwerft des größten Naturhafens Europas bestaunen können.

Folgender Ausflug kann nur auf Malta gegen Aufpreis zusätzlich gebucht werden:

1/1 Tag: Ganztagesausflug zur Schwesterinsel Malts, **Gozo**. Die Inselrundfahrt führt Sie zunächst zu den Megalith-Tempeln von Ggantija. Sie gelten als die älteste und größte Anlage auf den maltesischen Inseln. Anschließend besuchen Sie das imposante „Azur Window“. Der mächtige Felssims ruht auf einem riesigen, ca. 40 Meter hohen Felspeiler und ragt majestätisch ins Meer hinein. So rahmt er das azurblaue Meer malerisch ein. Danach besuchen Sie die Inselhauptstadt Victoria mit der mächtigen Zitadelle. Bevor Sie zurück nach Malta fahren, machen Sie noch einen Abstecher zur kleinen Bucht von Xlendi, wo die Fischer Gozos ihre bunt bemalten Boote vor Anker legen.

Auskunft und Buchung:



Im Wauert 14 • 46286 Dorsten

Telefon: 0 23 69 / 9 19 62 - 0

Telefax: 0 23 69 / 9 19 62 - 33

E-Mail: info@terramundi.de

Web: www.terramundi.de



REISEANMELDUNG

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:

TERRAMUNDI GmbH

Im Wauert 14 • 46286 Dorsten

Telefax: 0 23 69 / 9 19 62 - 33

E-Mail: info@terramundi.de

Web: www.terramundi.de



☒ **JA**, ich möchte mit unten aufgeführten Teilnehmern an der Reise nach **MALTA** teilnehmen. Bitte senden Sie mir die Buchungsbestätigung an u.a. Adresse.

Name, Vorname (Teilnehmer/in 1 = Rechnungsanschrift) Geburtsdatum

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon mit Vorwahl

E-Mail

Name, Vorname (Teilnehmer/in 2)

Geburtsdatum

Nach Buchungseingang erhalten Sie eine Buchungsbestätigung vom Veranstalter Terramundi GmbH. Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Sicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig, der Restbetrag 3 Wochen vor Anreise.

Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Zahlungsbedingungen des Veranstalters Terramundi GmbH – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.

Ort, Datum, Unterschrift

Reiseziel: **MALTA**

Termin: ☐ 20.11. - 27.11.2013

☐ 12.02. - 19.02.2014

Preise: EUR 799,- p.P. im DZ*

Einzelzimmer-Zuschlag

EUR 126,- pro Woche

Zimmer mit garantiertem

Meerblick EUR 35,- / Woche

Verlängerungswoche inkl.

HP im DZ* EUR 210,-

Gewünschte Flüge** ab/bis:

**nach Verfügbarkeit, bitte beachten Sie evtl. Zuschläge

Hier bitte Ihre gewünschten Leistungen ankreuzen: **DZ*** = Doppelzimmer
EZ = Einzelzimmer • **MB** = Zimmer mit Meerblick • **VL** = Verlängerungswoche • **RV** = Reiserücktrittskosten-Versicherung

Teiln. 1 ☐ DZ ☐ EZ ☐ MB ☐ VL ☐ RV

Teiln. 2 ☐ DZ ☐ EZ ☐ MB ☐ VL ☐ RV

(* bei Zweierbelegung)

Die **Verlierer** sind die Alten

Beginnen wir mit dem Pflegebedürftigkeitsbegriff. Der Pflegebeirat hat Ende Juni Vorschläge zur Überarbeitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs vorgelegt. Trotzdem werden demenzkranke Menschen und ihre Angehörigen noch jahrelang auf konkrete Hilfe warten müssen. Denn der Bericht nennt keine konkrete Forderung zur Gesamthöhe der Finanzierung. Zwar geht der Pflegebeirat davon aus, dass die Fortführung und Weiterentwicklung der Strukturen des Pflegerechts rund zwei Milliarden Euro kosten werden. Im Jahr 2009 war aber noch von rund vier Milliarden Euro die Rede. Für die Betroffenen ist es wichtig, dass gesagt wird, was würdige Pflege wert ist und wie ihre Leiden gelindert werden sollen. Doch dafür gibt es immer noch keinen detaillierten Plan.

Das ist nicht die einzige Versorgungslücke in der Pflege. An unserem Patientenschutztelefon erfahren wir oft, dass alte Menschen zu viele und vor allem die falschen Medikamente bekommen. Jeder fünfte über 70-Jährige nimmt täglich 13 verschiedene Medikamente ein. Wechselwirkungen sind da vorprogrammiert. Das Problem: Oft ist es derselbe Arzt, der Medikamente verschreibt, die sich nicht miteinander vertragen. Deshalb muss ein Vier-Augen-Prinzip eingeführt werden. Sowohl der Arzt als auch die Kassenärztliche Vereinigung, die die Abrechnung macht, müssen die Medikamente kontrollieren und die Verantwortung dafür tragen, wenn etwas schiefgeht. Schauen wir einmal auf die Versorgung der 750.000 Menschen, die in

deutschen Pflegeheimen leben. Auch hier gibt es großen Verbesserungsbedarf. Zwar besucht der Hausarzt einmal im Quartal das Pflegeheim. Die fachärztliche Versorgung, beispielsweise durch Zahn- oder Augenärzte, ist jedoch unzureichend. Dafür muss das Pflegeheim das Recht bekommen, einen Arzt für den Patienten vermitteln zu können. Damit verbunden ist aber die Pflicht, für eine gute Arzt- und Facharztversorgung verantwortlich zu sein. So, wie es bislang läuft, darf es nicht weitergehen.

Zurzeit ist es für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen fast unmöglich, gute Einrichtungen von schlechten zu unterscheiden. Seit vier Jahren werden Pflegeheime und Pflegedienste in Deutschland mit Noten von „sehr gut“ bis „mangelhaft“ bewertet. Doch fast alle schneiden mit einer Note um 1,5 ab. Deshalb ist dieses Ergebnis nicht aussagekräftig. Denn bislang wird eher die Dokumentationsqualität als die tatsächliche Leistungsqualität gemessen.

Dabei gibt es genug Kriterien, an denen sich die Qualität der Pflege messen lässt. Dazu zählen etwa die Vorsorge vor Stürzen und Wundliegen, die Zahl der Krankenhauseinweisungen, die Sorgfalt bei der

Vor allem die, die niemanden haben, der sich um sie kümmert und sich für ihre Rechte einsetzt, haben das Nachsehen.

Medikamentengabe und die Qualität der Ernährung. Diese Kriterien zu dokumentieren ist kein großer bürokratischer Aufwand. Es hilft den Betroffenen aber sehr, gute Einrichtungen von schlechten unterscheiden zu können. Zurzeit können gravierende Mängel in der Pflege durch andere Faktoren, wie beispielsweise einen gut lesbaren Speiseplan, ausgeglichen werden. Das darf nicht sein. Pflegemängel müssen zu K.o.-Kriterien werden.

Wenn Menschen schlecht gepflegt werden, darf sich das wirtschaftlich nicht für die Einrichtungen lohnen. Zurzeit ist das aber leider so. Wer gute Pflege anbietet, hat ökonomisch nichts davon. Wir brauchen

Die aktuelle Legislaturperiode neigt sich ihrem Ende zu. Zeit also für eine Zwischenbilanz aus Sicht der pflegebedürftigen und schwerstkranken Menschen. Was wurde seitens der Politik getan, was ist noch zu tun?

eine neue Regelung, durch die nachlässige Pflege finanziell sanktioniert wird. Ein Beispiel, warum sich schlechte Pflege lohnt: Die Bewohnerin eines Pflegeheims hat Pflegestufe I, erleidet bei einem Sturz einen Oberschenkelhalsbruch und kommt ins Krankenhaus. Oft erhält sie danach keine Reha-Maßnahme, sondern wird zurück ins Pflegeheim entlassen. Durch den Sturz und die Folgen wird sie in Pflegestufe III eingeordnet. Also erhält das Heim mehr Geld von der Pflegekasse. Das ist ein Teufelskreis, der unbedingt durchbrochen werden muss.

Ein weiteres wichtiges Thema, bei dem nachgebessert werden muss, ist das im Februar in Kraft getretene Patientenrechtegesetz. Die Patientenschützer hatten sich darin eine generelle Beweislastumkehr erhofft. So hätten Ärzte und Leistungserbringer bei Behandlungsfehlern belegen müssen, dass sie keinen Fehler gemacht haben. Jetzt müssen weiterhin die Patienten den Fehler nachweisen. Das ist meist schwer. Denn Ärzte und Krankenhäuser halten die Beweise in den Händen. Erst bei groben Behandlungsfehlern kehrt sich die Beweislast um. Aber wenn einem Patienten das falsche Bein amputiert wurde, muss er wohl kaum noch beweisen, dass das ein Behandlungsfehler ist. Für Opfer von Behandlungs-



Der Autor:
Eugen Brysch
ist Vorsitzender der Deutschen Stiftung Patientenschutz,
www.stiftung-patientenschutz.de.



fehlern ist es zudem ärgerlich, dass sich die Politik nicht zu einem Härtefallfonds durchringen konnte. Ein solcher Fonds hätte die schlimmsten Härten bei unklaren Fällen abmildern können. So bringt das Patientenrechtegesetz nichts Neues, sondern ist ein Sammelsurium der Rechtsprechung, die es auch vorher schon gab.

Die Verlierer im deutschen Gesundheitssystem sind also alte und pflegebedürftige Menschen. Vor allem die, die niemanden haben, der sich um sie kümmert und sich für ihre Rechte einsetzt, haben das Nachsehen. Es wäre gut, wenn wir ähnliche Wege gehen würden wie in der Jugend- und Familienarbeit. In allen Kommunen gibt es Jugendämter. Doch für Senioren in Not gibt es keine Anlaufstellen. Solche Stellen sollten aber eingerichtet werden, damit sie aktiv eingreifen können, wenn sich ein alter Mensch nicht mehr selbst helfen kann. Ein Seniorenamt kann sich um die Fürsorge und Autonomie der alten Menschen kümmern. Dabei geht es nicht darum, dass alte Menschen zwangsbesucht werden. Wenn sich aber die Staatsanwaltschaft in einen Fall einschaltet, in dem es um die Rechte älterer Menschen geht, ist es zu spät. Deshalb muss es ein Amt geben, das sich um die Sorgen und Nöte der Schwächsten unserer Gesellschaft kümmert. ■



„Eine Offensive für das Lebensrecht ist überfällig. Unser Land muß wieder kinder- und familienfreundlich werden, sonst wird es keine lebenswerte Zukunft geben.“

(Johanna Gräfin von Westphalen, CDL- Ehrenvorsitzende)

Wir fordern u.a.:

- Umfassende Aufklärung über das Leben vor der Geburt, die Grausamkeit der Abtreibung und ihre Folgen für die Frauen
- Besseren Schutz und mehr Unterstützung für Mutter und Kind
- Intensivere Hilfen für Familien und Alleinerziehende
- Menschliche, medizinische und seelsorgliche Begleitung für unheilbar Kranke und Sterbende
- Ausbau der Palliativmedizin und des Hospiznetzes
- Keine Tötung auf Verlangen und aktive Sterbehilfe (Euthanasie)
- Verbot der ‚verbrauchenden‘ Forschung an menschlichen Embryonen, des Klonens und der Manipulation an der menschlichen Erbsubstanz

**Interessieren Sie sich für diese lebenswichtigen Zukunftsfragen?
Wollen Sie dazu klar Profil bekennen?
Dann werden Sie jetzt Mitglied in der CDL!**

Informationen erhalten Sie per Post oder unter www.cdl-online.de

Für den aktiven und konsequenten Schutz des Lebens vom Beginn an bis zum natürlichen Tod.

CDL 
Für das Leben.

Christdemokraten für das Leben e.V.
Initiative in der CDU/CSU
CDL-Bundesgeschäftsstelle
Schlesienstr. 20 · 48167 Münster
Tel.: 0251/6285160 · Fax 0251/6285163
info@cdl-online.de
Spendenkonto: Sparkasse Meschede
Konto-Nr.: 2584, BLZ: 464 510 12



Europäische Union:

Vollmitgliedschaft der **Türkei** derzeit kein Thema

Eine starke und demokratische Türkei als Freund und Partner ist im Interesse Europas – als Vollmitglied der europäischen Familie erfüllt sie aber nicht die Voraussetzungen.

Nach der unverhältnismäßigen Reaktion der türkischen Sicherheitskräfte auf die Demonstranten im Frühsommer konnte

die EU nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und neue Kapitel in den Beitrittsverhandlungen eröffnen, so als wären Übergriffe und rechtsstaatswidrige Handlungen der türkischen Regierung, Polizei und Justiz eine Bagatelle. Auch wenn vor allem auf Drängen der Bundesregierung die Eröffnung weiterer Kapitel in den bisher erfolglos verlaufenen Beitrittsverhandlungen mit Ankara auf den Herbst verschoben wurde, war das die allergeringste Drohgebärde gegenüber so gravierenden Menschenrechtsverletzungen. Der nächste Fortschrittsbericht der EU-Kommission solle nun abgewartet werden. Logischer wäre gewesen, nach diesem Vorgehen der Regierung Erdogan dem Land am Bosphorus nicht die gelbe, sondern die rote Karte zu zeigen.

So waren Forderungen aus dem Europaparlament im Juni-Plenum hinsichtlich des sofortigen Stopps der Beitrittsverhandlungen das, was auch die Mehrheit der deutschen Bevölkerung erwartet hätte; denn diese ist unzweifelhaft gegen einen Beitritt des kleinasiatischen 80-Millionen-Landes. Wenn aus dem europäischen Kontinent eine funktionierende Staatengemeinschaft

werden soll, ist eine Zeit der Konsolidierung längst überfällig.

Will man die EU als Wirtschafts-, Werte- und politische Gemeinschaft erhalten, muss ihre räumliche Begrenzung vereinbart werden. Der Staatenverbund ist nicht beliebig auszuweiten, er riskiert sonst eine räumliche Überdehnung und Identitätsverlust. Mit einem Beitritt der Türkei käme neben den großen ökonomischen Schwierigkeiten und der ungelösten Kurdenfrage eine EU-Außengrenze zum Kaukasus, zum Iran, Irak und zu Syrien. Gerade die letzten Monate haben gezeigt, wie schnell wir in diese regionalen Konflikte hineingezogen werden könnten. Zudem riefte ein Türkei-beitritt weitere Kandidaten auf den Plan: Mittelmeeraanrainer, Kleinstaaten des Kaukasus, Armenien, Georgien – von der Ukraine ganz zu schweigen. Eine Vollmitgliedschaft hätte das freie Niederlassungsrecht für Bürger aller EU-Staaten zur Folge. Die türkischen Deutschland-Experten in Ankara und Istanbul hegen nicht die geringsten Zweifel, dass somit eine gewaltige Migration aus Anatolien in Richtung Deutschland stattfände, eine rapide Zuwanderung von mehrere Millionen Men-



Der Autor:
Rolf Berend war 19 Jahre lang Mitglied des Europäischen Parlaments, ist Mitglied des Bundesvorstandes und des Exekutivkomitees der Europäischen Senioren Union (ESU) sowie Landesvorsitzender der Senioren-Union Thüringen.



schen. Die Bundesrepublik Deutschland verlöre damit nicht nur ihre ohnehin fragwürdige christliche, sondern auch ihre nationale Identität. „Bei aller Sympathie für die Türken, bei aller Anerkennung ihrer Tüchtigkeit, ihres Fleißes, ihrer Disziplin käme es dann auf deutschem Boden – zumal in den Wohngebieten der kleinen Leute – zu einem fatalen Kulturschock, ja zu

gewaltsamen Auseinandersetzungen, an denen gemessen die Streitfälle Nordirlands oder des Baskenlandes, mit denen London und Madrid sich plagen, als Lappalie erschienen. Sehr bald würden sich im Bundestag türkische, vielleicht auch islamisch orientierte Parteien bilden, die jede Regierung beeinflussen und das Zünglein an der Waage bilden könnten“, so Nahostkenner Peter Scholl-Latour.

Die Integration der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu einer europäischen Gesellschaft ist nicht nur eine wirtschaftliche und politische, sondern in hohem Maße auch eine kulturelle Aufgabe. Es muss jetzt angesichts der bisherigen Erweiterungen alles darangesetzt werden, die EU zu vertiefen und Handlungsfähigkeit zu bewahren. Demokratie, Religionsfreiheit und die Anerkennung der Menschenrechte müssen für einen EU-Beitritt selbstverständliche Voraussetzungen, nicht erst hinreichende Bedingung sein. Europa ist nicht primär ein Markt, sondern eine geistig-kulturelle Größe.

Das Regierungsprogramm der Union für 2013 – 2017 spricht hier eine klare Sprache, indem es die strategische und wirt-

schaftliche Bedeutung der Türkei für Europa ebenso würdigt wie die vielfältigen Beziehungen zwischen den Menschen und den beiden Ländern. Die Union spricht sich daher aus für eine Vertiefung der Beziehungen, eine enge und besondere Zusammenarbeit und eine starke Kooperation zwischen EU und Türkei sowie für ein enges strategisches Zusammengehen in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. „Eine Vollmitgliedschaft der Türkei lehnen wir aber ab, weil sie die Voraussetzung für einen EU-Beitritt nicht erfüllt. Angesichts der Größe des Landes und seiner Wirtschaftsstruktur würde sie die Europäische Union überfordern“, so das Fazit im Regierungsprogramm.

Eine für beide Seiten akzeptable Alternative zur Vollmitgliedschaft wäre daher eine „Norwegen-Lösung“. Norwegen ist zwar anders als die Türkei ein eindeutig europäisches Land, der EU aber nur indirekt durch seine Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum EWR verbunden. Aber auch dafür wären Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Religionsfreiheit elementare Voraussetzungen. Auch daran hätte die Türkei noch hart zu arbeiten. ■



**Weil Sie später keinem auf
der Tasche liegen wollen.
Die Pflege-Zusatzversicherung.**

Wenn im Pflegefall Kosten von mehreren Tausend Euro im Monat zusammenkommen, reicht die gesetzliche Pflegeversicherung nicht aus. Letztlich müssen unsere Kinder für unsere Pflege aufkommen. Gut, dass der Staat jetzt die zusätzliche private Pflegevorsorge fördert. Sie hilft Jung und Alt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de



Verband der Privaten
Krankenversicherung



GRAND *W*OTEL AUF SEE

Stilvolles Ambiente, vornehme Eleganz und modernste Technik machen die DEUTSCHLAND zu einem Kreuzfahrtschiff der Extraklasse. Überall an Bord spüren Sie den unnachahmlichen Charme eines klassischen Grandhotels, ein hohes Maß an Gastlichkeit und einen unauffälligen, liebevollen Service. Dafür erhält die DEUTSCHLAND regelmäßig höchste Auszeichnungen (u.a. „5-Sterne Elite“ in Koehlers Guide Kreuzfahrt 2013, „Six Star Diamond Award 2013“ der American Academy of Hospitality Sciences und „Schiff des Jahres“ im Schlummer Atlas).

UNSER SOUVERÄN-SPECIAL:

10% Preisnachlass* auf die Passage.

Nicht mit anderen oder bereits gewährten Vergünstigungen kombinierbar.

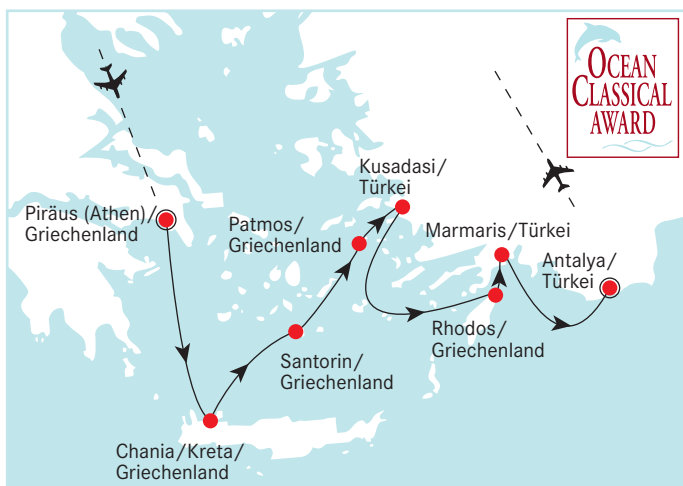
TREUERABATT:

Für Kunden, die schon öfter mit der Reederei Peter Deilmann gefahren sind. Bitte fragen Sie uns nach dem Treuerabatt.

ANTIKE INSELWELTEN DER ÄGÄIS

452 VON PIRÄUS NACH ANTALYA

06.11.2013 – 15.11.2013



Eine Kreuzfahrt durch die Ägäis gehört zu den besonderen Erlebnissen. Die DEUTSCHLAND erwartet Sie in Piräus und Sie besuchen Athen und die Akropolis. Santorin bildet eine Symphonie aus Blau und Weiß. Auf Patmos wird Sie die Grotte der Apokalypse faszinieren. In Ephesus erleben Sie ein exklusives Konzert, das diesen Aufenthalt unvergesslich machen wird.

Sie erkunden die Roseninsel Rhodos und genießen die Aussicht vom Akropolishügel in Lindos. Idyllisch liegt der Urlaubsort Marmaris an der türkischen Küste. Sie haben die Wahl: Spannen Sie aus in den lebensfrohen Gassen oder unternehmen Sie eine Fahrt zu den bekanntesten Felsengräbern Kleinasiens. Die DEUTSCHLAND ist einmal mehr Ihr Schiff für eine Kreuzfahrt der Extraklasse.

inkl. Flüge ab/an Deutschland

10 TAGE, 2-BETT-KABINE PRO PERSON AB € 2.615,-



Reederei Peter Deilmann GmbH

UNSER SOUVERÄN-SPECIAL:
10% PREISNACHLASS* AUF DIE PASSAGE



PERLEN DER LEVANTE

453 VON ANTALYA NACH SHARM EL SHEIKH

15.11.2013 – 28.11.2013



Wieder liegen exotische Reiseziele an der Kreuzfahrtroute der DEUTSCHLAND. Zwei der faszinierenden Länder des Nahen Ostens, Türkei und Libanon, sind Garanten für einen Auftakt nach Maß. Nach einem Tag auf Zypern liegt das Heilige Land vor dem Bug des Traumschiffs. Jerusalem, Bethlehem und Nazareth sind magische Ausflugsziele auf den Spuren der Bibel. An Deck der DEUTSCHLAND genießen Sie die Passage des Suezkanals in vollen Zügen. Baden Sie im kristallklaren Wasser des Roten Meers oder sonnen sich an schneeweißen Stränden in dem Bewusstsein, eine ganz besondere Kreuzfahrt mit Ihrem Traumschiff erlebt zu haben.

inkl. Flüge ab/an Deutschland

**14 TAGE,
2-BETT-KABINE**

PRO PERSON AB € **3.605,-**

REISE 452

REISE 453



JETZT SCANNEN & MEHR ERLEBEN!

PREISE PRO PERSON IN EURO

Kat.	Kabine	Deck	Reise 452	Reise 453
	Fortuna innen		2.615,-	3.605,-
	Fortuna außen		3.115,-	4.305,-
A	Kabinett 2-Bett-innen	4	2.780,-	3.850,-
B	Kabinett 1-Bett-innen	4	3.100,-	4.300,-
C	Komfort 2-Bett-innen	4	3.290,-	4.590,-
D	Komfort 1-Bett-innen	4	4.010,-	5.620,-
E	Klassik 2-Bett-innen	4	3.810,-	5.340,-
F	Kabinett 1-Bett-innen	5	3.610,-	5.100,-
G	Komfort 2-Bett-innen	5	3.970,-	5.560,-
H	Klassik 2-Bett-innen	5	4.270,-	6.000,-
I	Klassik 2-Bett-innen	7	4.730,-	6.670,-
K	Klassik 2-Bett-innen	8	3.360,-	4.680,-
M	Klassik 2-Bett-innen	8	4.950,-	6.990,-
N	Luxus 2-Bett-innen	8	5.410,-	7.650,-

BESTELL-COUPON FÜR SOUVERÄN-LESER

Bitte reservieren Sie für folgende Reise eine Kabine:

☐ Antike Inselwelten der Ägäis
Piräus – Antalya (06.-15.11.2013)

☐ Perlen der Levante
Antalya – Sharm el Sheikh (15.-28.11.2013)

Name/Vorname _____

PLZ/Ort _____

Straße _____

Telefon/E-Mail _____

☐ 2-Bett-Kabine ☐ Einzelkabine Deck _____ Preis pro Person _____

Bitte diesen COUPON ausschneiden und einsenden an:

Kleinmoor-Kreuzfahrten • Souverän-Leserreisen

Müllerweg 32 • 28865 Lilienthal

kleinmoor-kreuzfahrten@fano.at • Tel. Information: (04298) 417660

Energiepolitik:

Keine Schonfrist

Die Energiewende ist Dauerthema. Den einen geht sie zu langsam voran, anderen ist sie zu teuer, wieder andere bemängeln eine ungenügende Transparenz bei der Umsetzung. Souverän sprach dazu mit Hildegard Müller, der Vorsitzenden der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft.

Souverän: Die Umsetzung der Energiewende wurde zuletzt stark kritisiert. Doch besteht tatsächlich die Gefahr, dass sie misslingt, wie manche als Szenario beschwören? Wie bewerten Sie die aktuelle Situation im Sommer 2013?

Hildegard Müller: Jetzt im Sommer 2013 ist es Zeit, auf die auslaufende Legislaturperiode zu blicken. Diese betrachte ich aus Sicht der Energiewirtschaft mit gemischten Gefühlen. Es gab Tops, aber auch Flops. Es sind auch einige Prozesse in Gang gekommen, die gut funktionieren, wie beispielsweise beim überregionalen Netzausbau. Für mich ist jedoch jetzt das Wichtigste, dass wir so schnell wie möglich eine bessere politische Steuerung der Energiewende erreichen, in der Bund und Länder gemeinsam ihre Verantwortung wahrnehmen. In Summe wird sich dann nämlich sehr schnell herausstellen, welche Bereiche zurzeit besonders wichtig sind. Die Probleme sind nach intensiven Diskussionen benannt worden und hinlänglich bekannt. Daher wird es für die neue Bundesregierung nach der Wahl keine Schonfrist geben.

2) Wo sehen Sie derzeit den größten Handlungsbedarf?

Als Erstes steht so schnell wie möglich eine umfassende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes an. Die Erneuerbaren sind längst den Kinderschuhen entwachsen.

Jetzt kommt es darauf an, dass die Erneuerbaren marktfähig werden. Denn wenn wir das Ziel haben, bis 2050 80 Prozent Erneuerbare Energien zu nutzen, dann müssen Angebot und Nachfrage in Einklang gebracht werden. Und vor allem müssen wir auch auf die Kosten achten. Energie muss für alle bezahlbar bleiben. Das zweite ganz zentrale Thema ist natürlich die Frage des zukünftigen Marktdesigns.

3) Wie beispielsweise der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) fordern auch Sie ein neues Energiemarktdesign. Was ist darunter zu verstehen?

Wir müssen auf die dramatischen Markteffekte reagieren, die sich durch den Zuwachs der Erneuerbaren Energien ergeben. Solar- und Windkraftwerke erzeugen mittlerweile sehr viel Strom und verdrängen dadurch konventionelle Kraftwerke aus der sogenannten Merit Order, also aus der Einsatzreihenfolge der Kraftwerkstypen. Es ist klar, dass auf lange Sicht die Einsatzzeiten konventioneller Kraftwerke zurückgehen werden. Aber wir erleben das derzeit in einem Tempo, das teilweise dramatische Probleme für die Wirtschaftlichkeit verursacht. Das passiert auch bei Kraftwerken, die künftig unverzichtbar für eine sichere Energieversorgung sind. Man darf ja nicht vergessen, dass die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien sehr stark schwankt und wir derzeit weder genügend Speicher noch ein ausreichend

ausgebautes Leitungsnetz haben. Der BDEW plädiert auf jeden Fall für marktnahe Lösungen und hat entsprechende Vorschläge vorgelegt. Wir werben dafür, dass die Politik diese aufgreift.

4) Kann es mit diesem neuen Design gelingen, den für Bürger und Industrie recht schmerzhaften Strompreisanstieg in den Griff zu kriegen?

Das neue Marktdesign betrifft eher den Bereich der Versorgungssicherheit. Zur Ehrlichkeit gehört dazu, dass wir den Menschen offen sagen, dass wir durch die Energiewende erst mal höhere Preise bezahlen werden. Ich erwarte, dass die Politik dafür die Verantwortung übernimmt. Wir müssen allerdings trotzdem aufpassen, dass wir die privaten Haushalte nicht überfordern. Ganz viele Menschen unterstützen die Energiewende, sie sind auch bereit, dafür etwas zu bezahlen. Aber wir müssen auch an Bevölkerungsgruppen mit kleinem Einkommen denken. 1998 hat ein Drei-Personen-Haushalt monatlich 49,90 Euro an Stromkosten zahlen müssen, 2013 sind es 83,30 Euro. Der Preistreiber ist dabei der Staat: Der Staatsanteil am Strompreis liegt inzwischen bei über 50 Prozent.

5) Wie werden sich die Strompreise für Privathaushalte Ihrer Meinung nach in den nächsten Jahren entwickeln, und inwieweit werden alternative Techniken (Wärmepumpe, KWK, Brennstoffzelle) im Privatsektor an Bedeutung gewinnen?

Wir haben leider auch keine Glaskugel, die die Zukunft vorhersagt. Insofern lege ich mich nicht auf Zahlen fest. Klar ist aber: Bei der Umsetzung der Energiewende wird derzeit ökonomisch nicht effizient gearbeitet. Der BDEW fordert hier mehr Effizienz ein. Hinsichtlich neuer Technologien ist jetzt die Phase, darüber nachzudenken, welche Zukunftstechnologien wir bereits heute anstoßen können, damit sie künftig bei der Umsetzung der Energiewende helfen können. Die ehrgeizigen Ziele der Energiewende können nur mit intensiver Forschung und Entwicklung sowie der Förderung neuer Technologien erreicht werden. Egal, ob für private Verbraucher oder für die Wirtschaft.

6) Das Infrastrukturprojekt Energiewende ist eigentlich enorm ambitioniert und wird auch in den nächsten Jahren immer wieder nachjustiert werden müssen. Reicht die Steuerung durch Bundesnetzagentur und Umweltministerium dafür aus?

Die Schaffung eines Energieministeriums wäre ein Schritt in die richtige Richtung, aber ich mache mir keine Illusionen, dass dies alle Probleme löst. Der beste Energieminister der Welt kann nichts ausrichten, wenn es mit den 16 Bundesländern keine Einigung gibt. Das Beispiel Strompreibremse zeigt: Wenn der Bundesrat blockiert, passiert gar nichts. Und natürlich stehen die Wirtschaft und andere gesellschaftliche Gruppen in der Verantwortung. Wir müssen eine neue Form der Zusam-

menarbeit finden: Es ist sicher richtig, dass die Kanzlerin die Energiewende zur Chefsache macht und regelmäßig die Regierungschefs der Länder zum Gipfel einlädt. Besser wäre eine stetige Kommunikation, deshalb fordern wir gemeinsam mit dem WWF ein „Nationales Forum Energiewende“. Wir müssen endlich zu einem guten, pragmatischen Management kommen.

7) Wagen Sie doch abschließend mal eine Prognose: Wie wird der Energiemix 2050 aussehen? Werden Gas, Öl und Kohle dann noch dazugehören?

Die Energiewende ist ein Projekt für mehr als eine ganze Generation. Wäre sie ein Marathonlauf, hätten wir gerade mal zehn Prozent oder vier Kilometer hinter uns. Zunächst gilt es, in den kommenden Jahren den beschriebenen Rollentausch zwischen Erneuerbaren und Konventionellen zu organisieren. In acht Jahren soll der Strom aus Erneuerbaren dann einen Anteil von 35 Prozent des Bruttostromverbrauchs decken, 2050 dann 80 Prozent. Konventionelle Kraftwerke werden mit dem Ausbau der Erneuerbaren allerdings nicht obsolet – sondern es erhöhen sich mit Blick auf die Versorgungssicherheit noch die Anforderungen an den konventionellen Kraftwerkspark durch zunehmend erforderliche Flexibilität und Reservevorhaltung. Wir brauchen künftig einen konventionellen Kraftwerkspark, der die starken Schwankungen des Erneuerbaren-Stroms ausgleichen kann. ■



Hildegard Müller:
„Bei der Umsetzung der Energiewende wird derzeit ökonomisch nicht effizient gearbeitet. Der BDEW fordert hier mehr Effizienz ein.“

Weitere Infos:
www.bdew.sw



Elbe

Seniorenwohnungen „Bellevue“
Im Kurgebiet **Hitzacker (Elbe)**
Von Privat zu vermieten
2 Zi., 55 m², ab 199,- + NK mtl.
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.
Betreuung möglich.
Alten- u. Pflegeheim gegenüber.

Gratisprospekt:
Tel. (05862) 97550
www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohltmann-Straße

Chefsache für die kommunale Führungsetage

Die Gesellschaft der Zukunft ist überwiegend alt. Viele Kommunen und Regionen sehen sich schon seit längerer Zeit mit demografischer Schrumpfung und deren Folgen konfrontiert. Und das Problem konzentriert sich keineswegs nur auf Ostdeutschland, wenngleich die Lage dort besonders dramatisch ist.

Insgesamt wird die Bevölkerung zurückgehen, der Anteil älterer Menschen wird weiter steigen. Die Frage aber, ob eine Kommune wächst oder schrumpft, hängt trotz zurückgehender Gesamtbevölkerung von verschiedenen Faktoren ab. Denn während einige schrumpfen und in ihrem Fortbestand sogar bedroht sein werden, werden andere Kommunen laut Bevölkerungsprognosen auch künftig wachsen. Unabhängig davon müssen sich alle Städte und Gemeinden in unserem Land die Frage stellen, ob sie auf die fortschreitende Alterung unserer Gesellschaft ausreichend vorbereitet sind. Diese Frage lässt sich aus dem Stand nicht beantworten, beantworten aber lässt sich die Frage, wie eine al-

„Wir brauchen in allen Städten einen „parlamentarischen“ Ausschuss der Generationen.“



tersgerechte Kommune aussehen sollte. Was zur Beantwortung dieser Frage notwendig ist, sind eine kommunale Demografiestrategie und damit verbunden die Entwicklung von aussagekräftigen Parametern bzw. Kriterien, anhand deren „gemessen“ werden kann, ob und in welchen Bereichen eine Kommune altersfreundlich aufgestellt ist oder eben nicht.

Grundsätzlich sollten ein jeder Bürgermeister und ein jeder Landrat – insbesondere in ländlichen Regionen, Problemstadtteilen und Kommunen mit relativ geringer Einwohnerzahl – die Herausforderung „demografischer Wandel“ und die Chancen und Risiken, die er mit sich bringt, zur „Chefsache“ erklären. Demografie- und Seniorenpolitik muss ein zentrales kommunalpolitisches Handlungsfeld werden. Deshalb ist es sinnvoll, in den Kommunalverwaltungen Seniorenämter – analog zu Jugendämtern – einzuführen. Was für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen gilt, sollte auch für ältere Menschen gelten. Es ist zwar positiv, dass im Laufe der Jahre immer mehr Kommunen die Beratungs- und Informationsangebote für Ältere ausgedehnt und zumindest stunden- oder tageweise eine Art „Büro rund um das Alter“ in den Rathäusern eingerichtet haben, jedoch braucht es künftig zentrale Anlaufstellen vor Ort mit entsprechender personeller Ausstattung, die zu sämtlichen seniorenspezifischen Themen beraten und informieren können.

Das reicht von den Themen Pflege, Rente, Gesundheit über den ÖPNV, den Verbraucherschutz bis hin zu ehrenamtlichen Tätigkeiten und kulturellen Angeboten. Darüber hinaus sollte ein solches Seniorenamt auch in der Lage sein und Kapazitäten haben, die regionale Wirtschaft demografietechnisch qualifiziert beraten zu können. Die wenigsten Firmen und Unternehmen haben einen Demografieberater, aber die Bedeutung älterer Arbeitskräfte für die Wirtschaft wird immer weiter zunehmen. Vor diesem Hintergrund sollte die jeweilige Stadt oder Gemeinde ein Interesse daran haben, dass

die Themen „altersgerechte Arbeitsplätze“ und „der optimale Einsatz Älterer im Berufsleben“ wichtige Aspekte im Rahmen einer kommunalen und modernen Wirtschaftsförderung sind.

Altersgerechte Infrastruktur – Generationenausschüsse einführen

Sowohl Kommunalverwaltungen, Städte und Gemeinden an sich als auch Unternehmen brauchen eine altersgerechte Infrastruktur. Für die ältere Generation sind Begegnungsstätten besonders wichtig, an denen soziale Kontakte im persönlichen Gespräch gepflegt oder neu geknüpft werden können. Viele Ältere sind alleinstehend. Um Vereinsamung vorzubeugen, müssen Kommunen – im Verbund mit sozialen Verbänden und Einrichtungen – künftig stärker als bislang Plattformen für Ältere anbieten. Seniorencafés, die sich immer größerer Beliebtheit erfreuen, sind dabei eine Möglichkeit. Ob eine Kommune aber dauerhaft attraktiv für alle Bevölkerungsschichten ist, hängt entscheidend davon ab, ob sie eine altersgerechte Infrastruktur vorweisen kann. Prädestiniert für eine Art „generationenübergreifenden Stadtentwicklungsausschuss“ wäre ein „Generationenausschuss“, der die Kommunalpolitik generationenübergreifend verzahnen soll. Dem kann man zwar entgegenhalten: Es gibt bereits genügend Ausschüsse vor Ort, da brauchen wir nicht noch einen neuen. Oder: Die Kommunalpolitik berücksichtigt die Interessen der verschiedenen Generationen individuell in den jeweiligen Ausschüssen. Oder: Wir haben doch einen Seniorenbeirat! Aber: All diese Argumente stechen nicht.





Sie stechen deshalb nicht, weil sie das Thema Generationen- bzw. Seniorenpolitik entweder nur ansatzweise streifen, als lästiges Anhängsel betrachten oder – wie der Seniorenbeirat – nur eine mitberatende Funktion haben, aber letztendlich keine Entscheidungskompetenzen! Um Entscheidungen treffen zu können, braucht man Stimmrecht!

Auch das Argument, dass ein Generationenausschuss nicht gebraucht wird, weil Vertreter der jüngeren und älteren Generation in den verschiedenen Ausschüssen vor Ort vertreten sind und dort ihre generationenspezifischen Ansichten und Interessen einbringen können, ist ein Scheinargument. Zum einen sind junge Ratsfrauen und Ratsherren oftmals „Mangelware“. Zum

anderen geht es darum, ein sichtbares Zeichen zu setzen, dass der demografische Wandel und das generationenübergreifende Miteinander zentrale politische Zukunftsfelder sind, die nicht mal so nebenbei und punktuell in anderen Ausschüssen mitbehandelt werden können. Jugend- und Seniorenbeiräte als alleinige Beratungsgremien auf kommunaler Ebene für die jüngere und die ältere Generation werden dem Stellenwert von Jugendlichen und Senioren schlicht und ergreifend einfach nicht mehr gerecht. Wir brauchen in allen Städten deshalb einen „parlamentarischen“ Ausschuss der Generationen, in dem Jung und Alt gemeinsam überlegen, was zu tun und auch machbar ist.

Dazu gehören u.a. der Bau altersgerechter Wohnungen, Barrierefreiheit, Sportangebote für Jung und Alt oder die Weiterentwicklung der ehrenamtlichen Strukturen. Zudem gibt es viele kleine Dinge, die eher nichtig erscheinen, die aber vor allem für ältere Menschen sehr bedeutsam sind. Beispiele sind zu schnell laufende Rolltreppen in Geschäften oder an Bahnhöfen, zu kurze Umsteigezeiten im ÖPNV, zu hohe Stufen beim Buseinstieg oder bei Straßenbahnen. Und: Bänke in den Städten müssen hinten und seitlich Lehnen haben, damit man sich beim Aufstehen abstützen kann. Beschriftungen müssen größer, lesbarer

werden. Und besonders wichtig: Gebraucht werden – vor allem in kleinen Städten und Gemeinden – wieder Tante-Emma-Läden, wenn man so will, „Tante-Emma-Läden“ des 21. Jahrhunderts. Auch die Themen „Gesundheit“ und „Sicherstellung der medizinischen Versorgung“ könnten in einem Generationenausschuss – gekoppelt mit „Soziales“ – aufgegriffen werden.

Bislang ist es so, dass die Gemeindeordnung den Kommunen einen rechtlichen Rahmen setzt, was die Bildung von Ausschüssen betrifft. Einige wenige Ausschüsse sind dabei fest vorgegeben, die also ge-



„Es gibt bereits Modelle für moderne Tante-Emma-Läden.“

bildet werden müssen; der Großteil der Ausschüsse kann dagegen frei gebildet werden. In Nordrhein-Westfalen z.B. gewinnt das Thema „Generationenausschüsse“ langsam, aber sicher an Fahrt. Erst kürzlich wurde in der Stadt Monheim die Einführung eines Generationenausschusses beschlossen, auf Initiative der örtlichen Senioren-Union.

Auch in Uedem (Kreis Kleve) oder in der Stadt Euskirchen – beide ebenfalls in Nordrhein-Westfalen – gibt es Generationenausschüsse. In Uedem heißt der entsprechende Ausschuss „Schule, Generationen und Soziales“, in Euskirchen „Generationen und Soziales“. Interessant ist auch Schwerte (Kreis Unna, NRW). Dort wurde 2009 der Ausschuss Soziales, Demografie und Generationen eingerichtet, der – auch aus Sicht der Senioren-Union – von den Themen her richtungsweisend sein könnte.

Es gibt letztendlich viele gute Gründe für die Einführung von Generationenausschüssen auf kommunaler Ebene. Sie stärken insbesondere den Zusammenhalt der Generationen. Darüber hinaus wünscht sich – das ist ein Ergebnis der Generali-

Altersstudie von 2012 – die überwältigende Mehrheit der 65- bis 85-Jährigen nicht nur eine eigene Interessenvertretung für Ältere auf Bundesebene, sondern auch für die kommunale Ebene. Ein Fingerzeig, den die Kommunalpolitiker in Deutschland unbedingt aufgreifen sollten!

Moderne „Tante-Emma-Läden“

Hier nun noch zwei weitere Aspekte: moderne „Tante-Emma-Läden“ und die medizinische Versorgung.

Was hat es mit den „Tante-Emma-Läden“ auf sich? Es sind vor allem Begegnungsräume, in die ältere Menschen gehen können, ihre Brötchen und Zeitungen holen und vor allem: miteinander reden können. Alte und ältere Menschen brauchen soziale

„Mehr denn je gefragt sind auch präventive gesundheitsfördernde Maßnahmen für Ältere“



Kontakte.

Solche Läden helfen nicht nur als „Kontaktbörse“ und soziales Netzwerk, sondern auch, wenn der letzte Nahversorger (Metzger, Bäcker, Post und Bank) in einem Dorf oder einem kleinen Stadtteil seine Pforten geschlossen hat. Tante-Emma-Läden können einen wichtigen Beitrag leisten, wenn es darum geht, Grundversorgung und Dienstleistungen in einem Dorf oder einem Stadtteil dauerhaft zu erhalten. Es gibt bereits Modelle für moderne „Tante-Emma-Läden“, wie etwa in Düren (NRW). Das Konzept DORV besteht aus fünf Säulen:

- 1) Grundversorgung: Sicherung der Grundversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs;
- 2) Dienstleistung: Verkauf oder Bereitstellung von öffentlichen, halb-öffentlichen und privaten Dienstleistungen in einem besucher- und beratungsfreundlichen Kreis;

3) Soziales Leistungsangebot und medizinische Versorgung: Vermittlung, Koordinierung vorhandener Kapazitäten im privaten Dienstleistungssektor oder im sozialen Bereich;

4) Kommunikation: Treff- und Mittelpunkt für Gespräche ist DORV;

5) Kultur: DORV als Veranstaltungsort für kulturelle Aktivitäten.

Auf Genossenschaftsbasis haben sich dabei ältere Menschen zusammengeschlossen, jeder brachte einen bestimmten Betrag ein. Das Konzept funktioniert. Es kann zwar niemanden ernähren, aber es wirft für diejenigen, die hinter der Ladentheke stehen – übrigens auch Rentnerinnen und Rentner –, eine kleine Aufwandsentschädigung ab. Es ist aber schön zu sehen, wie sich die älteren Menschen dort treffen und unterhalten.

DORV hat das Ziel, in kleinen Gemeinden und Dörfern die Nahversorgung unter den heutigen Bedingungen von Markt und Wettbewerb zu erhalten. Dies funktioniert aber nur dann, wenn man laut DORV völlig neue Wege geht und organisatorisch neue Ansätze findet. Und genau hier setzt das DORV-Projekt mit seinem Fünf-Säulen-

Modell an. DORV ist ein spannendes und erfolgreiches Beispiel dafür, wie ein Tante-Emma-Laden des 21. Jahrhunderts aussehen kann – für Jung und Alt, Familien, Berufstätige, Alleinstehende sowie Neubürgerinnen und Neubürger. Informationen zu DORV sind im Internet unter <http://www.dorv.de/de/startseite.html> zu finden.

Auch Leerstände könnten mit Hilfe von DORV auf kommunaler Ebene sinnvoll beseitigt werden. Man könnte so mit dem Aufbau von „Tante-Emma-Läden“ mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: ein soziales Netzwerk schaffen, die Grundversorgung absichern, die Wirtschaft ein Stück weit fördern, Älteren eine sinnvolle Beschäftigung geben und damit die kommunale Infrastruktur ein Stück weit absichern.

Medizinische Versorgung

DORV leistet zudem einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der medizinischen Infrastruktur. Vor dem Hintergrund, dass man erwarten kann, dass eine älter werdende Bevölkerung künftig einen entsprechend hohen Bedarf (altersbedingte Erkrankungen nehmen zu) an ärztlichen und gesundheitlichen Leistungen haben dürfte, ist die Sicherstellung einer flächendeckenden, wohnortnahen medizinischen Versorgung eine zentrale Aufgabe, bei der Städte und Gemeinden erheblich gefordert sein werden. Fakt ist, dass auch die Ärzteschaft altert und es in Deutschland in verschiedenen Regionen Engpässe bzgl. der medizinischen Versorgung gibt und auch zukünftig geben wird. In den kommenden zehn bis 15 Jahren werden vermutlich viele Ärztinnen und Ärzte – das betrifft sowohl die haus- als auch die fachärztliche Versorgung – aus Altersgründen aus der vertragsärztlichen medizinischen Versorgung ausscheiden. Vor allem in ländlichen Regionen wird es deshalb künftig (noch) schwieriger, die medizinische Versorgung in ausreichendem Maße zu gewährleisten. Die Ressource „Ärztin/Arzt“ dürfte künftig knapper werden, eine gute regionale Infrastruktur wird somit auch ein bedeutender Wettbewerbsfaktor, wenn es darum geht, interessant für Ärztinnen und Ärzte zu werden, die sich niederlassen wollen. Denn die sog. weichen Standortfaktoren, wie z.B. Freizeitangebote, kulturelle Angebote, Berufsmöglichkeiten des Partners oder der Partnerin und die Möglichkeiten zur Kinderbetreuung, spielen eine immer größere Rolle, wenn Ärztinnen und Ärzte sich entscheiden müssen, wo sie sich niederlassen. Auf diese Faktoren können Städte und Gemeinden Einfluss nehmen.

Wenn die Wege zu Ärztinnen und Ärzten innerhalb einer Kommune recht weit sind oder immer weiter werden, die Bevölkerung immer älter wird und dadurch bedingt auch ein Stück weit weniger mobil ist, sind flexible Lösungen vor Ort gefragt. Das können Ärztebusse sein, fahrende Apotheken, ein Hol- und Bringservice für Senioren oder eben ein Konzept wie DORV. Auch die Rolle und Bedeutung von Apotheken werden zunehmen, vor allem mit Blick auf Beratungsleistungen für Ältere. Zukunftsweisend sind deshalb eine stärkere Vernetzung und bessere Kooperation der gesundheitspolitischen Akteure vor Ort. Hier sollten die Kommunen vor Ort Antreiber sein und regionale Gesundheitsnetze und Gesundheitskonferenzen anschieben, um die medizinische Versorgung vor Ort bei guter Qualität sicherzustellen. Mehr denn je gefragt sind auch präventive gesundheitsfördernde Maßnahmen für Ältere. Hier sollten Kommunen verstärkt den Dialog mit den gesetzlichen Krankenkassen und Sportvereinen suchen und für den Ausbau von Angeboten für Ältere werben. Fit und gesund bis ins hohe Alter, das ist heute mehr denn je möglich. ■



In Kooperation mit



DEUTSCHE
FAMILIENVERSICHERUNG

Private Pflege-Zusatzversicherung? Wählen Sie Deutschlands Testsieger!

VPV VolksPflege Premium – der Testsieger mit 5 Sternen

- > Weltweite Pflegeleistung
- > Leistung auch bei Demenz (Pflegestufe 0)
- > Nur bei der VPV: Integrierte Familienpflegezeitversicherung
- > 100 % Leistung auch bei Pflege zu Hause und durch Angehörige

VPV

Der Vorsorgeberater seit 1827

VPV VolksPflege Premium

VPV VERSICHERUNGEN

Kundenservice
Postfach 31 17 55
70477 Stuttgart

Gleich ausfüllen und an uns zurücksenden oder
per Fax an **0711/1391-6001**. Sie erreichen uns
auch telefonisch unter **0711/1391-6294**

☐ Bitte vereinbaren Sie mit mir einen Termin.

Name/Vorname

Straße/Hausnr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

☐ Ich bin damit einverstanden, dass mich die VPV zur Kontaktaufnahme zwecks eines Beratungsgesprächs zum Thema „Pflegeversicherung“ anrufen oder per E-Mail anschreiben darf. Diese Einwilligung kann jederzeit über die VPV Lebensversicherungs-AG, Kundenservice, Postfach 31 17 55, 70477 Stuttgart oder per E-Mail an: info@vpv.de widerrufen werden.



Altersgerechtes und bezahlbares Wohnen:

Zentrales Handlungsfeld für die Politik

Nach Schätzungen des Bundesbauministeriums kann bisher nur rund ein Prozent des gesamten Wohnungsbestandes als altersgerecht bewertet werden. Die Schaffung eines seniorengerechten Wohnungsmarktes ist angesichts der demografischen Entwicklung eine echte Herausforderung.

Ende Juni war das Thema „altersgerechtes Wohnen“ plötzlich deutschlandweit in den Schlagzeilen. Was war passiert? Eine neue Studie des Pestel-Instituts besagte, dass es für die künftigen Rentnerinnen und Rentner viel zu wenige geeignete Wohnungen geben werde. Im Mittelpunkt der Studie stand das Thema „Wohnraum für über 65-Jährige“ auf Grundlage der jüngsten Volkszählung (Zensus 2011). Die Studie zum Senioren-Wohnen hat das Verbändebündnis „Wohnen 65plus“ in Auftrag gegeben. Dazu gehören: der Deutsche Mieterbund (DMB), der Sozialverband VdK Deutschland, der Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure (BDB), die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), die Deutsche Gesellschaft für Maurerwerks- und Wohnungsbau (DGfM) und der Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel (BDB).

Wohnungsmarkt nicht auf Alterung der Gesellschaft vorbereitet

Laut Studienleiter fehlen kleine und barrierefreie Wohnungen, die auch eine Pflege zu Hause ermöglichen. Der Wohnungsmarkt sei auf die steigende Zahl älterer Menschen nicht vorbereitet. Politik und Wohnungswirtschaft müssten schnell umsteuern und Millionen Wohnungen altersgerecht umbauen. Neubauten könnten nur ein kleiner Teil der Lösung sein. Die Studie prognostiziert, dass im Jahr 2035 knapp 24 Millionen Bürgerinnen und Bürger älter als 65 Jahre alt sein werden, 40 Prozent mehr als heute. In acht Jahren würden 2,5 Millionen zusätzliche Senioren-Wohnungen gebraucht, was einen Investitionsbedarf von rund 39 Milliarden Euro ausmache.

Darüber hinaus böte ein seniorengerechter Wohnungsmarkt die Chance, die enorm wachsenden Kosten im Bereich der Pflege wirkungsvoll zu reduzieren. Denn auch die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland werde – so wird vorausgesagt – in den kommenden Jahren rasant wachsen und im Jahr 2035 bei ca. 3,5 Millionen liegen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung werde damit von derzeit rund 2,9 Prozent auf dann 4,5 Prozent steigen.

Zahl der Pflegebedürftigen wächst deutlich – Ausgaben klug reduzieren

Für das Jahr 2050 erwartet die Studie sogar mehr als vier Millionen Pflegebedürftige. Jeder Achtzehnte, der in Deutschland lebt, werde dann auf Pflege angewiesen sein mit der Folge, dass die Ausgaben im Pflegebe-

reich explodieren werden: 2035 erwartet das Pestel-Institut knapp 33 Milliarden Euro an Kosten bei der Pflegeversicherung – ein Plus von 50 Prozent gegenüber heute. Die Hilfe zur Pflege als staatliche Sozialleistung werde dann sogar um das Fünffache auf 18 Milliarden Euro steigen. Insgesamt wird die Pflege im Jahr 2035 rund 25,4 Milliarden Euro mehr kosten als heute, rechnet die Studie vor.

Aber: Ein Teil dieser Ausgaben ließe sich vermeiden. Voraussetzung sei allerdings ein seniorengerechter Wohnungsmarkt. Entscheidendes Kriterium dabei: barrierefreie Wohnungen, die eine ambulante Pflege zu Hause ermöglichen. Denn für die Mehrkosten der stationären gegenüber der ambulanten Pflege kann, so das Pestel-Institut, von rund 7.200 Euro pro Jahr ausgegangen werden. Dagegen koste der Umbau zur barrierearmen Wohnung durchschnittlich 15.600 Euro.

Bedürfnisse ändern sich mit dem Alter – vorausschauende Wohnungspolitik notwendig

So weit die Fakten der Studie. Rechtzeitige Vorsorge für das Wohnen im Alter ist eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung. Mit zunehmendem Alter ändern sich die Bedürfnisse und Anforderungen an die gebaute Umgebung. Zu viele Stufen, Schwellen, fehlende Bewegungsflächen, zu geringe Türbreiten, Nutzungseinschränkungen im Bad und in anderen Räumen beeinträchtigen den Lebensalltag vieler alter Menschen. Sie schränken ihre



Das Programm „Altersgerecht umbauen“ hat mit dazu beigetragen, das Angebot an barrierefreien und barrierereduzierten Wohnungen in Deutschland zu erhöhen.



selbstständige Lebensführung ein, führen vermehrt zu Unfällen und Stürzen oder verhindern im Bedarfsfall eine Pflege zu Hause.

Deshalb ist es wichtig, rechtzeitig bauliche Anpassungen, die das Alltagsleben von älteren Menschen erleichtern, vornehmen zu lassen. Vorausschauendes Planen und Handeln sind gefragt, wobei die Möglichkeiten baulicher Anpassungen sehr vielfältig sind. Mitunter führen bereits einzelne kleine Umbaumaßnahmen wie das Anbringen von einfacher handhabbaren Bedienelementen oder der Einbau altersgerechter Sanitärobjekte (zum Beispiel neuer Waschtisch, höhenverstellbares WC, Haltegriffe) zu einer verbesserten Nutzung. Aber auch

größere bauliche Maßnahmen wie der Einbau einer bodengleichen Dusche, Grundrissänderungen in der Wohnung oder der Anbau von Aufzügen verringern Barrieren und erhöhen die Wohn- und Lebensqualität spürbar.

Ein Prozent des Wohnungsbestandes ist altersgerecht

Nach bisherigen Schätzungen ist laut Bundesbauministerium nur rund ein Prozent des gesamten Wohnungsbestandes altersgerecht. Barrieren zu reduzieren und Wohnungen, Wohngebäude und das Wohnumfeld den Bedürfnissen und Anforderungen alter Menschen entsprechend baulich anzupassen sind deshalb dringend geboten. Notwendig sind in diesem Zusammenhang

eine kontinuierliche langfristige staatliche Förderung von Wohnraum und dass neue steuerliche Anreize für Privatinvestoren geschaffen werden.

Positiv: Die Bundesregierung unterstützt diesen Anpassungsprozess und hat die Auflage von KfW-Programmen zum altersgerechten Umbau von Wohnungen und Wohngebäuden sowie zur Schaffung von altersgerechten sozialen Infrastrukturen initiiert. Im Rahmen des Konjunkturpaketes I stellte die Bundesregierung von 2009 bis 2011 mit dem KfW-Programm „Altersgerecht umbauen“ jährlich 80 bis 100 Millionen Euro für die Zinsverbilligung von Darlehen und Investitionszuschüsse bereit. Damit unterstützte sie selbstnutzende Eigentümer, Vermieter und Mieter bei der alters- und behindertengerechten Anpassung von Wohngebäuden. Bis Ende 2011 konnten rund 82.500 Wohnungen umgebaut werden.

Programm „Altersgerecht umbauen“

Das Programm „Altersgerecht umbauen“ hat mit dazu beigetragen, das Angebot an barrierefreien und barrierereduzierten Wohnungen in Deutschland zu erhöhen. Das ist zweifellos eine gute Nachricht für die ältere Generation, aber längst noch nicht ausreichend. Denn die Alterung unserer Gesellschaft macht weitere umfangreiche Investitionen notwendig, damit vor allem ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Wohnung und ihrem vertrauten Wohnquartier bleiben und leben können.



Die KfW bietet seit Anfang 2012 ein Eigenmittelprogramm mit dem Titel „Altersgerecht umbauen“ an. Das Förderprogramm dient unabhängig vom Alter der zinsgünstigen, langfristigen Finanzierung von Maßnahmen zum Barriereabbau im Wohnungsbestand. Es ermöglicht älteren Menschen einen möglichst langen Verbleib in der gewohnten Umgebung und kommt behinderten oder in ihrer Mobilität eingeschränkten Eigentümern und Mietern zugute. Anträge stellen können alle Träger von Investitionsmaßnahmen an selbst genutzten oder vermieteten Wohngebäuden sowie Eigentumswohnungen sowie Ersterwerber von neuen barriere reduzierten Wohngebäuden oder Eigentumswohnungen. Träger von Investitionsmaßnahmen sind z. B. Privatpersonen (auch Mieter), Wohnungseigentümergeinschaften, Wohnungsunternehmen, Wohnungsgenossenschaften, Bauträger, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie Investoren.

Die Bundesregierung prüft eine Fortsetzung der Förderung, aus Sicht der Älteren ist eine weitere und dauerhafte Förderung jedoch zwingend geboten und ein politisches Muss. Aber auch Länder und Kommunen sind gefordert, wenn es darum geht, eine ausreichende Zahl an altersgerechten Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Notwendig sind Bündnisse mit kommunalen Wohnungsunternehmen, die Entwicklung spezieller Fördermodelle, insbesondere für Familien und altersgerechtes Wohnen sowie die verbilligte Abgabe kommunaler Grundstücke an Wohnungsbauinvestoren.

Rechtsanspruch auf altersgerechte Wohnungen?

Analog zum Rechtsanspruch für einen Betreuungspatz für unter Dreijährige, der ab August gilt, wäre zu überlegen, ob man nicht darüber diskutieren kann, ob Men-



schen, die älter als 60 Jahre sind, mittel- oder langfristig einen rechtlichen Anspruch auf eine altersgerecht ausgestattete Wohnung erhalten. Ob solch eine Diskussion aufkommen wird, wird auch davon abhängen, wie schnell es Politik und Wohnungswirtschaft gelingen wird, die Zahl altersgerechter und barrierefreier Wohnungen deutlich zu erhöhen. Ein Viertel der Mieter im Rentenalter hat, so der Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen, kein Budget für Hilfsleistungen oder Umbauten. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Auch wenn Tausende deutscher Rentnerinnen und Rentner, so berichtete die Welt am Sonntag Ende des vergangenen Jahres, sich für ein Leben im Wohnwagen entscheiden, weil es vor allem billiger, aber auch geselliger ist, kann das nicht die große Alternative sein. Die überwältigende Mehrheit älterer Menschen möchte so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben. Daran sollten sich Politik und Wohnungswirtschaft orientieren und letztendlich auch messen lassen.

Wohnen muss bezahlbar sein

(Soziale) Wohnraumförderung ist ein Zukunftsthema, wohnen muss bezahlbar bleiben, gerade für die ältere Generation. Die Union hat dieses Thema in ihrem Bundestagswahlprogramm aufgegriffen und formuliert, dass sie gemeinsam mit den Ländern und Kommunen dazu beitragen will, dass kommunale Initiativen für Wohnraumförderung mit Leben gefüllt werden, beispielsweise indem ungenutzte Flächen im Eigentum der öffentlichen Hand oder nicht mehr benötigte Immobilien wie ehemalige Kasernen oder Verwaltungsgebäude zur Verfügung gestellt werden.

Dieser Ansatz ist richtig. Entscheidend für die Akzeptanz der Wohnungspolitik ist vor allem, ob Wohnraum – insbesondere für einkommensschwache Haushalte, was auch eine Vielzahl von Rentnerinnen und Rentnern betrifft – bezahlbar bleibt. Zu diesem Ziel hat sich die Union in ihrem Bundestagswahlprogramm klar bekannt.

Schon heute haben viele Menschen massive Probleme, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Dieser Trend wird sich weiter verschärfen, warnte Mieterbund-Präsident Franz-Georg Rips im Nachrichtenmagazin Focus bereits Ende letzten Jahres. Metropolen und Universitätsstädte, in denen es bereits jetzt an preiswerten Wohnungen fehle, würden unaufhaltsam „auf eine mittlere Katastrophe zusteuern“.

Union für Mietpreisbremse in den Ländern

Es ist deshalb richtig, dass die Union dieses Thema besetzt. Sie will Menschen mit geringem Einkommen direkt helfen und ihnen gutes Wohnen ermöglichen, indem die Leistungen des Wohngeldes weiter verbessert werden. Darüber hinaus ist es Ziel der Union, die Leistungshöhe und die Miet-



Weitere Infos (u.a.):
www.bmvbs.de
www.senioren-ratgeber.de/altersgerecht-wohnen

höchstbeträge an die Entwicklung der Bestandsmieten anzupassen. Sie setzt sich für eine Regelung ein, die für die Zukunft eine Anpassung der Wohngeldleistung an die Entwicklung der Wohnkosten sicherstellen soll. Auch die Haushalte, die kein Wohngeld erhalten, sollen unterstützt werden.

Mit Blick auf die teils horrenden Mietpreissteigerungen, die insbesondere Rentnerinnen und Rentner besonders hart treffen, soll nach dem Willen von CDU und CSU den Ländern die Möglichkeit eingeräumt

werden, in Gebieten mit knappem Wohnraumangebot die Grenze für Mieterhöhungen innerhalb von drei Jahren von 20 auf 15 Prozent zu senken. Damit Wohnraum in Städten mit angespannten Wohnungsmärkten bezahlbar bleibt, will die Union ferner den Ländern die Möglichkeit einräumen, in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten bei Wiedervermietung von Bestandswohnungen Mieterhöhungen auf zehn Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete zu beschränken. Allerdings gilt diese Regel nicht für Erstvermietungen in Neubauten.

Für die ältere Generation ist es ein gutes Zeichen, dass sich die Union für bezahlbares Wohnen einsetzt. Im Unterschied zur SPD, die eine Mietpreisbremse bundesweit regeln will, ist es richtig, es den Ländern zu überlassen, wie eine Mietpreisbremse ausgestaltet werden könnte. Denn die Lebensverhältnisse in den einzelnen Bundesländern sind unterschiedlich, ebenso das Mietpreisniveau. Bei der SPD ist das anscheinend immer noch nicht angekommen... ■

Fabian Schalt



Sicher zuhause

Die Initiative Hausnotruf hat sich zum Ziel gesetzt, für mehr Sicherheit im Alter zu sorgen. Damit Menschen möglichst lange in ihrem vertrauten Umfeld mit einem Höchstmaß an Lebensqualität und Sicherheit leben können. Ein kleines Gerät, so groß wie eine Armbanduhr, dient dazu, selbstständig Hilfe zu holen. Mehr Informationen finden Sie unter www.initiative-hausnotruf.de

Initiative
Hausnotruf 

ESU mit Kurs auf die Europawahlen:

Sommerakademie setzt **Maßstäbe**

Mit fast 60 Besuchern aus 18 Ländern – 21 Seniorenverbände repräsentierend – brachte es die diesjährige „Sommerakademie für Senioren-Führungskräfte“ in Wien auf einen neuen Teilnahmerecord. ESU-Präsident Dr. Bernhard Worms sieht darin wachsendes Vertrauen und politische Reife der Mitgliedsorganisationen.



Vor dem Hintergrund der im Mai 2014 stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament befasste sich die dreitägige Veranstaltung mit der Situation auf unserem Kontinent und mit Wegen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise, die zu mehr Vertrauen in politisches Handeln führen müssen. Auffallend dabei: der deutliche Bezug auf die christlichen Werte als Fundament und Motivation. Europa als Hort der Demokratie und der Menschenrechte auf- und auszubauen bleibt unser gemeinsames Ziel, erklärte Bernhard Worms. Dass dafür Politik und Wirtschaft zusammenwirken müssen, erläuterte Magister Andreas Prenner. So sei Österreich dank einer industriellen Renaissance besser durch die Krise gekommen als Nachbarstaaten. ESU-Vizepräsident Leif Hallberg (Schweden) erteilte den Euroskeptikern eine Abfuhr. Es sei ein Irrglaube, allein weitermachen zu können.

Vielmehr erforderten die aktuellen Herausforderungen entschlossenes und koordiniertes Handeln – im nationalen Bereich und europaweit. Das gelte, so Hallberg, jetzt vorrangig für die Reduzierung der Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen in Spanien, Italien und anderen südlichen Staaten.

Sorgen um Wahlbeteiligung

Wenn er an Europa denke, sehe er Licht und Schatten, gestand Prof. Dr. Andreas Khol, Vorsitzender des Österreichischen Seniorenbundes (ÖSB). Fortschritten – etwa bei der Lösung der Schuldenkrise – stünden in einigen Ländern zentrifugale Kräfte gegenüber, denen „Europa“ nicht mehr als Garant für die Lösung ihrer Probleme erscheine. Verstöße gegen die Maastricht-Kriterien, Sonderregelungen, Uneinigkeit in der Außenpolitik und beim Waffenexport (Beispiel Syrien) könnten zur Wahlmüdigkeit beitragen, befürchtet Khol. Die europäischen Grundwerte müssten auf die Sorgen der Bürger „heruntergebrochen“ werden, also Maßstab für politisches Wirken auf allen Ebenen sein. Die Sommerakademie trage dazu bei, „mit Sachkunde die richtigen Akzente für die komplexen Herausforderungen Europas“ zu setzen, so der ÖSB-Präsident.

In der Diskussion um eine verbesserte Kommunikation über Vorhaben und Ergebnisse in „Brüssel und Straßburg“ regte Dr. Renate Heinisch (Deutschland) gemeinsame Auftritte von Verantwortlichen der europäischen Institutionen an. Sie sieht darin eine Chance zu mehr Vertrauen und höherer Wahlbereitschaft. Frau Heinisch vertritt die Senioren im EU-Wirtschafts- und Sozialausschuss.

Für Staatssekretär Dr. Reinhold Lopatka (Österreich) ist es angezeigt, Europa als erfolgreiches Friedensprojekt ins Bewusstsein zu rufen, wie es der 2012 verliehene Nobelpreis für die EU „vorgemacht“ habe. Trotz aller Probleme – z.B. mit den fünf bis sechs Millionen Jugendlichen ohne Job – gelte es, mit Europa ein einzigartiges Sozial- und Gesellschaftssystem zu verteidigen.

Dazu gehörten die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wie auch eine abgestimmte Außen- und Verteidigungspolitik. Das von Janusz Marszalek, dem Präsidenten der Polnischen Senioren Union, vorgestellte Projekt „Friedenszentrum in Oswiecim“ (früher Auschwitz) wertete Dr. Lopatka in diesem Zusammenhang als ein Beispiel für Erinnerungskultur und Zukunftsgestaltung. Für Christian Kremer, den stellvertretenden EVP-Generalsekretär, sind die Senioren bei nationalen und Europawahlen eine verlässliche Bevölkerungsgruppe, aber er baut auch auf ihren politischen Instinkt und ihre Erfahrung. Gemeinsam sollten wir dafür sorgen, dass die EVP nicht als „Partei der sozialen Kälte“ wahrgenommen wird. Die Europäische Volkspartei tritt vielmehr für eine funktionierende und glaubwürdige Politik ein, auch gegen drohende Altersarmut, so Kremer. ESU-Vizepräsidentin Carmen Quintanilla Barba (Spanien) regte an, in das Wahlmanifest Grundwerte wie Freiheit und christliche Solidarität sowie Hilfen für die zahlreichen arbeitslosen und älteren Frauen aufzunehmen, die mit wenig Geld auskommen müssen und sich vorbildlich um die Enkelkinder kümmern.

Die Sommerakademie endete mit der einstimmigen Billigung einer Erklärung zur Solidarität mit Menschenrechtsaktivisten in Belarus. Ausschlaggebend dafür war das Vorgehen gegen die mit der ESU verbundene Seniorenorganisation „Unsere Generation“ mit Sitz in Minsk.

Erneut bewährt habe sich die Kooperation mit dem Österreichischen Seniorenbund (305.000 Mitglieder) als Ausrichter, dessen Politischer Akademie (PolAk), der Europäischen Volkspartei (EVP) und dem Centre for European Studies (CES), bilanzierte ESU-Präsident Worms nach der Veranstaltung. Wien werde wohl auch 2014 Veranstaltungsort bleiben, zumal Dr. Werner Fasslabend, Chef der PolAk, in einem Grußwort eine Einladung dafür ausgesprochen hat.

Ulrich Winz



Gesund älter werden

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) hat in ei-

ner neuen Broschüre gute Initiativen und Projekte zur Verbesserung der Lebensqualität und der Gesundheit älterer Menschen zusammengestellt. Damit unterstützt die BAGSO als Mitglied des Kooperationsverbundes die Umsetzung des Gesundheitsziels „Gesund älter werden“, das Ziele und Maßnahmen für Gesundheitsförderung und Prävention sowie die Anpassung der Versorgungsstrukturen an die Bedürfnisse älterer Menschen empfiehlt. Die

BAGSO möchte so Anregungen für Verantwortliche in gesundheits- und senienpolitischen Handlungsfeldern geben, sich an der Umsetzung des Gesundheitsziels zu beteiligen und so einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität und der Gesundheit älterer Menschen zu leisten. Zusätzlich zur Broschüre ist ein 150-seitiger Bericht erschienen, in dem zu allen empfohlenen Maßnahmen gute Projekte, Initiativen und weitere Informationen zusammengestellt sind.

Beide Publikationen stehen kostenlos zum Download bereit unter: www.bagso.de (Bereich abgeschlossene Projekte) oder sind bei der Geschäftsstelle der BAGSO in der Bonngasse 10, 53111 Bonn, Tel.: 0228 / 249993 – 0, Telefax 0228 / 249993 – 20, E-Mail: kontakt@bagso.de, abrufbar.



Ehe alles zu spät ist

Ein Politiker von echtem Schrot und Korn, in einer Situation, in der die einen resignieren oder kuschen, andere „Marsch zurück“ blasen und wieder andere dem Christentum überhaupt nichts mehr zutrauen. Dabei ist unsere Gesellschaft heute mehr denn je auf Werte des Christentums angewiesen. Erwin Teufel, der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, sagt, wo es brennt und wie der Brand zu löschen wäre, damit es kein Flächenbrand wird, ehe es ganz zu spät ist: kritisch und klug, selbstbewusst und engagiert – ein Buch, das hilft, klarzusehen. Aufbruch statt Abbruch ...

Erwin Teufel: Ehe alles zu spät ist; Kirchliche Verzagttheit und christliche Sprengkraft, Herder-Verlag, Freiburg 2013, ISBN 13-978-3-451-30907-6, 14,99 €

Initiativen:

Ortstermin Barrierefreiheit

Eine Stadt baut um. Mitten im Städtedreieck Düsseldorf-Essen-Wuppertal bekommt das 26.000-Einwohner Städtchen Heiligenhaus nach dem Bau einer Umgehungsstraße nun eine neue Innenstadt. Grund genug für Bürgermeister Dr. Jan Heinisch, auch an die Interessen behinderter Mitbürger zu denken. Der Umbau der Hauptstraße sei die große Chance, den öffentlichen Raum barrierefrei zu gestalten, so der junge Bürgermeister. Per Ortstermin bat er um Anregungen und Kritik zur aktuellen Situation und den geplanten Baumaßnahmen der beteiligten Ämter. Ist die Bordsteinkante mit dem Rolli noch zu bewältigen? Ist die Rampe mit ihrer behördlich festgelegten Maximalsteigung von sechs Prozent für Rollstuhlfahrer wirklich gut zu bewältigen? Gibt es genügend Behindertenparkplätze, und sind sie sinnvoll in der Innenstadt verteilt? Diese und andere Fragen erörterten Bürgermeister und Amtsleiter der Stadt beim Ortstermin mit einem guten Dutzend interessierter Senioren und Behinderten. Den Planern fehle gerade in Be-



Dr. Jan Heinisch, engagierter Bürgermeister der Stadt Heiligenhaus und stv. Landesvorsitzender der NRW-CDU

zug auf Bewegungseinschränkungen die nötige Praxis, gab ein Amtsleiter unumwunden zu. Die Ergebnisse der Ortsbegehung sollen nun dafür sorgen, dass sich die Innenstadt nach dem Umbau komplett barrierefrei präsentiert. Wir meinen: zur Nachahmung empfohlen! ■

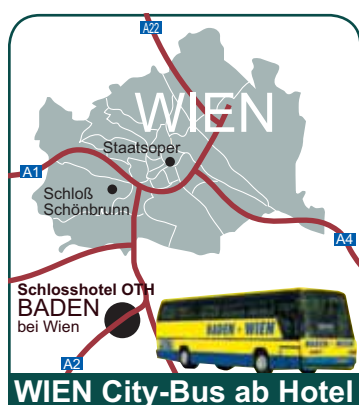
WIEN erleben - im sonnigen BADEN wohnen!



SCHLOSSHOTEL OTH

Wien erleben - in Baden wohnen

Beim Badener Sandstrand-Thermalfreibad, prächtigem Rosenpark & Wien-City-Bus
A-2500 Baden bei Wien, Schlossgasse 23, Tel: 0043 / 2252 / 44 436, Fax 44 900



Freuen Sie sich doch auf SCHLOSSHOTEL OTH in BADEN BEI WIEN- Ihrem idealen Ausgangspunkt für Theater, Konzerte, für schöne Ausflüge zu den berühmten Sehenswürdigkeiten im Wienerwald, Mayerling, Gumpoldskirchen, zum Schloß Schönbrunn, mit dem Donauschiff durch die Wachau, ins Burgenland zum Neusiedler See, in die Alpen, nach Bratislava, Ungarn, Budapest, etc.

Ideal auch für Ihre besondere WIEN-REISE mit Freunden!

Zentral und ruhig im Badener Villenviertel gelegen, nächst einem der prächtigsten Rosenparks Europas mit über 30.000 Rosen und beim imposanten SANDSTRAND-THERMALBAD (täglich freier Eintritt für unsere Gäste!), sowie gemütlich zu Fuß zum Winzer-Heurigen.

Mit dem TAG- und NACHT-EXPRESS-BUS geht´s bequem direkt ab Hotel nach WIEN-Zentrum/Altstadt/Fußgängerzone/Staatsoper und zur Wiener U-Bahn.

SOVERÄN - Sonderpreis:

Im Doppelzimmer + Balkon, etc, pro Person:

7 NÄCHTE inkl. Frühstück €398,-
inkl. Halbpension €538,-
Einzelzimmerzuschlag 70,-

**Gleich
Infos
anfordern!**

**Verlangen Sie doch unverbindlich unseren
Hotelprospekt und günstige Angebote!**

Einfach anrufen unter **Tel: 0043 / 2252 / 44 436**
oder per E-Mail an: **hotel@oth.info**

